

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1926

21.7.1926 (No. 239)

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung
mit
Industrie- und Handelszeitung
Gegr. 1803 und der Wochenschrift „Die Pyramide“ Gegr. 1803

Hauptredaktion: S. v. Lest. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für Nachrichten: Hans Wolf; für den Handel: Heinz Rapp; für Stadt, Baden, Hochschule und Sport: Heinrich Gerhardt; für Kunst und Literatur: Karl Jahn; für Musik: Anton Rudolph; für die Frauenbewegung: Frau Dr. C. Zimmermann; für Inland: S. Schriever; sämtlich in Karlsruhe. Druck v. Verlag G. J. Müller, Karlsruhe, Mittelstraße 1. Berliner Redaktion: Dr. H. Jäger, Berlin-Siegelin, Schönstraße 17. Telefon Amt Sieglitz 1119. Für ungelagerte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Sprechstunde der Redaktion von 11 bis 12 Uhr vorm. Verlag, Schriftleitung: G. J. Müller, Mittelstraße 1. Fernsprechamt Sieglitz: Nr. 15, 20, 21, 207, 1923. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 9542.

Fortdauer der Krise in Frankreich.

Die endgültige Ministerliste Herriots

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.)

S. Paris, 20. Juli.
Die endgültige Ministerliste Herriots lautet wie folgt:
Ministerpräsident und Außenminister: Herriot.
Finanzen: de Monzie.
Inneres: Chaumet.
Marine: René Renoult.
Agricultur: Painlevé.
Handel: Loucheur.
Öffentliche Arbeiten: Sesse.
Öffentlicher Unterricht: Daladier.
Landwirtschaft: Queuille.
Kolonien: Dariac.
Pensionen: George Bonnet.

Die ersten Anstimmigkeiten im Kabinett Herriot.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.)

S. Paris, 20. Juli.
Am Samstag fand das Kabinett um 10.30 Uhr im Palais National statt. Die Besprechungen wurden von 10 bis 11 Uhr abgehalten. In diesen Stunden drückt sich klar der allgemeine Pessimismus aus, der hier nach der Bildung des Kabinetts Herriot herrscht. Es mehren sich die Stimmen, die schon jetzt davon zweifeln, ob das neue Kabinett am Donnerstag vor der Kammer bestehen können.
Charakteristisch für das Zustandekommen des Kabinetts Herriot ist folgender Vorfall: In der amtierenden Mitteilung, die die endgültige Ministerliste veröffentlichte, heißt es, daß für das Wohnungswesen Sewasseur beibehalten worden sei. Dieser teilte heute abend in einem Brief an Herriot mit: „Ich habe heute früh in den Zeitungen gelesen, daß Sie mich auf meinem bisherigen Posten beibehalten wollen. Ich beehre mich, nicht einwilligen zu können und kann das mir übertragene Amt nicht annehmen.“
Herriot hatte dieses Kabinettsmitglied, wie übrigens auch andere, einfach ernannt, ohne Sewasseur überhaupt zu befragen. Die meisten Minister haben heute um 9 Uhr von Briand die Amtsgeschäfte übernommen. Gleichzeitig teilte er der Kammer mit, daß er das Amt des Kammerpräsidenten niederlegen werde, und zwar soll diese am Donnerstag geschehen. Der radikalsozialistische Abgeordnete Bouillon hat offiziell seine Kandidatur hierfür abgelehnt. Weiter kandidieren Lequesne, Paul-Boncour und Beret. In der Kammer sind bereits Anstimmigkeiten über die Wahl des neuen Kammerpräsidenten, darunter 4 kommunistische, radikalsozialistische und eine republikanisch-sozialistische. Außerdem haben die Sozialisten eine Interpellation über die

Wachsende Steigerung der Brotpreise

eingebbracht. Drei Kammergruppen hielten heute Besprechungen ab, nämlich die Radikalsozialisten und die Sozialisten. Die Beschlüsse wurden einstimmig angenommen. Beide Gruppen wollen die Regierung zur Preisbegrenzung abzwängen. Die Spaltung der radikalsozialistischen Front besteht fort. Namentlich Bouillon bekämpft innerhalb der Kammer die Anstimmigkeiten auf Lebhaftes Herriot. Bei den Sozialisten verläuft sich der Eindruck, daß Herriot nicht so weit gegangen sei, indem er beabsichtigt habe.
Heute nachmittags tagte von 3-6 Uhr ein Ministerrat, der von 8 Uhr ab fortgesetzt werden soll.
In diesem Ministerrat, der hauptsächlich den neuen Finanzprojekten gewidmet war, ist es, wie verlautet, zu scharfem Zusammenstoß zwischen Herriot und dem Finanzminister De Monzie gekommen.
De Monzie verlangt besondere Vollmachten von der Kammer, um seine Finanzpläne durchzuführen zu können. Hierzu kann sich Herriot nur unzureichend wenig bereit finden lassen, da er das Kabinett Briand dadurch zu Fall bringen würde, falls er besondere Vollmachten von der Kammer verlangte.
De Monzie scheint nicht nachgeben zu wollen und hat bereits mit seinem Rücktritt gedroht. Herriot hat sich sofort zum Entschluß begeben, um die Präsidenten Doumergue über die neue Lage der Situation in Kenntnis zu setzen. De Monzie wehrt nicht, wo er das Geld für die

Das amtliche Amerika über die französische Krise.

Washington, 20. Juli.
Die amerikanische Regierungskreise befürchten, daß das Ende der französischen Kabinettskrisen noch nicht absehbar sei. Die Stabilisierung des Frankreichs könne kaum stattfinden, bevor nicht Frankreich auf das Programm des Sachverständigenausschusses zurückkomme. Der stellvertretende Schatzsekretär Winston erklärte bezüglich der Gerüchte, daß Herriot den französisch-amerikanischen Schuldentilgungsvertrag vor ein Schiedsgericht bringen wolle, für die amerikanische Regierung liege kein Anlaß für eine schiedsgerichtliche Behandlung vor, da der Vertrag vom Vertreter Frankreichs unterzeichnet sei.

Eine russische Lehrtrope für den Roten Frontkämpferbund.

Berlin, 20. Juli.
Der „Tag“ meldet aus Helsinki: Nach zuverlässigen Nachrichten aus Moskau ist in Ufa die letzte selbständige Brigade der Roten Frontlegion aufgestellt worden, der außer Ungarn und Tschechoslowaken vor allem Deutsche angehören. Der Befehlshaber dieses rein deutschen Bataillons ist ein gewisser Koffa, der früher österreichischer Offizier war und später unter General Farnawski diente. Von besonderer Wichtigkeit ist dabei die Tatsache, daß die deutschen Verbände dieser Brigade auf Anordnung der „Komintern“ gebildet worden sind. Es soll damit ein Verband geschaffen werden, der eine besondere Ausbildung für den Bürgerkrieg ermöglicht und es ist in diesem Zusammenhang von starkem Interesse zu hören, daß der Rote Frontkämpferbund zurzeit Mitglieder nach Moskau kommandiert haben soll, die in dem Rahmen dieser Brigade ausgebildet werden sollen.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung.

Berlin, 20. Juli.
Amtlich wird mitgeteilt: Neben der Erteilung von Aufträgen an die Industrie und der Förderung der Ausfuhr und des Wohnungsbauens steht die Reichsregierung in ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm die verstärkte Durchführung von Notstandsarbeiten vor, die sich in besonderem Maße für die Beschäftigung von ungelerten Arbeitern eignen. Die Bedeutung dieser Arbeiten ergibt sich daraus, daß allein die Reichsarbeitsverwaltung in den Monaten April, Mai und Juni der Ausführung oder Fortführung von Unternehmungen mit einem Gesamtumfang von 28 Millionen, von denen 22 Millionen auf die Erwerbslosenfürsorge entfallen, zugestimmt hat. Von diesen Arbeiten verdienen besonders Interesse: Straßenbauten, Hafenerweiterungen, Regulierungs- und Meliorationsarbeiten. Diese Unternehmungen waren nur ein kleiner Abschnitt aus dem Gesamtprogramm der Notstandsarbeiten der Reichsregierung. Die Mitwirkung der Reichsarbeitsverwaltung bei Anordnung von Notstandsarbeiten ist auf die Provinzen beschränkt, bei denen die Beihilfe aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge den Betrag von 200.000 M übersteigt. Die Anerkennung weiterer zahlreicher kleinerer Unternehmungen ist, soweit Reichsmittel in Anspruch genommen werden sollen, den obersten Landesbehörden oder nachgeordneten Stellen überlassen. Der Umfang dieser Arbeiten ist s. St. nicht zu überschätzen.

Reichskabinett und Reichsbahn.

Berlin, 20. Juli.
Das Reichskabinett hat folgende Meldung: Der Reichskanzler empfing die Herren v. Siemens, Dr. Luther und Dr. Bergmann, die die Stellungnahme des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn zur Frage der Verhängung der Wahl des neuen Generaldirektors darlegten.
Im Anschluß hieran berichtete der Reichskanzler dem Reichskabinett über den Stand der Angelegenheit. Da zur Durchführung der Wünsche der Reichsregierung auch nach Ansicht des Verwaltungsrates jetzt noch weitere Verhandlungen mit anderen in Betracht kommenden Stellen geführt werden müssen, konnte das Reichskabinett zur Frage der Verhängung der Wahl noch keine Stellung nehmen.

Die Reichseinnahmen im Juni.

Berlin, 20. Juli.
Nach den Mitteilungen des Reichsfinanzministeriums stellten sich die Einnahmen des Reichs an Steuern, Zöllen und Abgaben vom 1. April 1926 bis 30. Juni 1926 wie folgt:
Aufgekommen sind im Juni an Besteuern und Verbrauchssteuern, und zwar fortdauernde Steuern 263.336.940 Reichsmark, vom 1. April bis 30. Juni 959.115.563 RM, einmalige Steuern im Juni 2.407.505 RM, vom 1. April bis 30. Juni 14.145.103 RM;
an Zöllen und Verbrauchsabgaben, und zwar verpfändete im Juni 163.914.740 RM, vom 1. April bis 30. Juni 461.229.726 RM, andere im Juni 5.581.286 RM, vom 1. April bis 30. Juni 20.672.822 RM;
sonstige Abgaben im Juni 65.589 RM, vom 1. April bis 30. Juni 128.679 RM.
Im ganzen sind aufgefunden im Juni 485.276.042 RM, und vom 1. April bis 30. Juni 1.455.291.895 RM. Im Reichshaushaltsplan ist die Einnahme für das Rechnungsjahr 1926 angesetzt auf 6.465.300.000 RM.

Inspektionsreise des Reichswehrministers.

Berlin, 19. Juli. Wie die Morgenblätter melden, wird Reichswehrminister Dr. Gessler in den nächsten Tagen eine Inspektionsreise antreten. Er wird zunächst den Truppenübungsplatz Ohrdruf und im Anschluß daran noch weitere Truppenübungsplätze besichtigen. Im August wird er den Flottenmanövern in der Ostsee beiwohnen.

Die heutige Ausgabe unseres Blattes umfaßt 12 Seiten.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung.

Berlin, 20. Juli.
Amtlich wird mitgeteilt: Neben der Erteilung von Aufträgen an die Industrie und der Förderung der Ausfuhr und des Wohnungsbauens steht die Reichsregierung in ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm die verstärkte Durchführung von Notstandsarbeiten vor, die sich in besonderem Maße für die Beschäftigung von ungelerten Arbeitern eignen. Die Bedeutung dieser Arbeiten ergibt sich daraus, daß allein die Reichsarbeitsverwaltung in den Monaten April, Mai und Juni der Ausführung oder Fortführung von Unternehmungen mit einem Gesamtumfang von 28 Millionen, von denen 22 Millionen auf die Erwerbslosenfürsorge entfallen, zugestimmt hat. Von diesen Arbeiten verdienen besonders Interesse: Straßenbauten, Hafenerweiterungen, Regulierungs- und Meliorationsarbeiten. Diese Unternehmungen waren nur ein kleiner Abschnitt aus dem Gesamtprogramm der Notstandsarbeiten der Reichsregierung. Die Mitwirkung der Reichsarbeitsverwaltung bei Anordnung von Notstandsarbeiten ist auf die Provinzen beschränkt, bei denen die Beihilfe aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge den Betrag von 200.000 M übersteigt. Die Anerkennung weiterer zahlreicher kleinerer Unternehmungen ist, soweit Reichsmittel in Anspruch genommen werden sollen, den obersten Landesbehörden oder nachgeordneten Stellen überlassen. Der Umfang dieser Arbeiten ist s. St. nicht zu überschätzen.

Weiterer Rückgang des Franken.

Frankfurt, 20. Juli.
Trotzdem der neue französische Ministerpräsident Herriot ziemlich rasch sein neues Kabinett gebildet hatte, übte diese Tatsache keinen befriedigenden Einfluß auf den französischen Franken aus. Im Gegenteil fiel dieser heute an der Frankfurter Börse gegen London auf 242, und wie pessimistisch die Auffassung hinsichtlich der zukünftigen Haltung der französischen Währung ist, geht daraus hervor, daß im Terminhandel der Wert des französischen Franken noch geringer eingeschätzt wird. Per Ende Juli handelte man London-Paris mit 245, per Ende August mit 252, und per Ende September mit 262—265.

Die ersten Anstimmigkeiten im Kabinett Herriot.

S. Paris, 20. Juli.
Am Samstag fand das Kabinett um 10.30 Uhr im Palais National statt. Die Besprechungen wurden von 10 bis 11 Uhr abgehalten. In diesen Stunden drückt sich klar der allgemeine Pessimismus aus, der hier nach der Bildung des Kabinetts Herriot herrscht. Es mehren sich die Stimmen, die schon jetzt davon zweifeln, ob das neue Kabinett am Donnerstag vor der Kammer bestehen können.
Charakteristisch für das Zustandekommen des Kabinetts Herriot ist folgender Vorfall: In der amtierenden Mitteilung, die die endgültige Ministerliste veröffentlichte, heißt es, daß für das Wohnungswesen Sewasseur beibehalten worden sei. Dieser teilte heute abend in einem Brief an Herriot mit: „Ich habe heute früh in den Zeitungen gelesen, daß Sie mich auf meinem bisherigen Posten beibehalten wollen. Ich beehre mich, nicht einwilligen zu können und kann das mir übertragene Amt nicht annehmen.“
Herriot hatte dieses Kabinettsmitglied, wie übrigens auch andere, einfach ernannt, ohne Sewasseur überhaupt zu befragen. Die meisten Minister haben heute um 9 Uhr von Briand die Amtsgeschäfte übernommen. Gleichzeitig teilte er der Kammer mit, daß er das Amt des Kammerpräsidenten niederlegen werde, und zwar soll diese am Donnerstag geschehen. Der radikalsozialistische Abgeordnete Bouillon hat offiziell seine Kandidatur hierfür abgelehnt. Weiter kandidieren Lequesne, Paul-Boncour und Beret. In der Kammer sind bereits Anstimmigkeiten über die Wahl des neuen Kammerpräsidenten, darunter 4 kommunistische, radikalsozialistische und eine republikanisch-sozialistische. Außerdem haben die Sozialisten eine Interpellation über die

Wachsende Steigerung der Brotpreise

eingebbracht. Drei Kammergruppen hielten heute Besprechungen ab, nämlich die Radikalsozialisten und die Sozialisten. Die Beschlüsse wurden einstimmig angenommen. Beide Gruppen wollen die Regierung zur Preisbegrenzung abzwängen. Die Spaltung der radikalsozialistischen Front besteht fort. Namentlich Bouillon bekämpft innerhalb der Kammer die Anstimmigkeiten auf Lebhaftes Herriot. Bei den Sozialisten verläuft sich der Eindruck, daß Herriot nicht so weit gegangen sei, indem er beabsichtigt habe.
Heute nachmittags tagte von 3-6 Uhr ein Ministerrat, der von 8 Uhr ab fortgesetzt werden soll.
In diesem Ministerrat, der hauptsächlich den neuen Finanzprojekten gewidmet war, ist es, wie verlautet, zu scharfem Zusammenstoß zwischen Herriot und dem Finanzminister De Monzie gekommen.
De Monzie verlangt besondere Vollmachten von der Kammer, um seine Finanzpläne durchzuführen zu können. Hierzu kann sich Herriot nur unzureichend wenig bereit finden lassen, da er das Kabinett Briand dadurch zu Fall bringen würde, falls er besondere Vollmachten von der Kammer verlangte.
De Monzie scheint nicht nachgeben zu wollen und hat bereits mit seinem Rücktritt gedroht. Herriot hat sich sofort zum Entschluß begeben, um die Präsidenten Doumergue über die neue Lage der Situation in Kenntnis zu setzen. De Monzie wehrt nicht, wo er das Geld für die

Das amtliche Amerika über die französische Krise.

Washington, 20. Juli.
Die amerikanische Regierungskreise befürchten, daß das Ende der französischen Kabinettskrisen noch nicht absehbar sei. Die Stabilisierung des Frankreichs könne kaum stattfinden, bevor nicht Frankreich auf das Programm des Sachverständigenausschusses zurückkomme. Der stellvertretende Schatzsekretär Winston erklärte bezüglich der Gerüchte, daß Herriot den französisch-amerikanischen Schuldentilgungsvertrag vor ein Schiedsgericht bringen wolle, für die amerikanische Regierung liege kein Anlaß für eine schiedsgerichtliche Behandlung vor, da der Vertrag vom Vertreter Frankreichs unterzeichnet sei.

Eine russische Lehrtrope für den Roten Frontkämpferbund.

Berlin, 20. Juli.
Der „Tag“ meldet aus Helsinki: Nach zuverlässigen Nachrichten aus Moskau ist in Ufa die letzte selbständige Brigade der Roten Frontlegion aufgestellt worden, der außer Ungarn und Tschechoslowaken vor allem Deutsche angehören. Der Befehlshaber dieses rein deutschen Bataillons ist ein gewisser Koffa, der früher österreichischer Offizier war und später unter General Farnawski diente. Von besonderer Wichtigkeit ist dabei die Tatsache, daß die deutschen Verbände dieser Brigade auf Anordnung der „Komintern“ gebildet worden sind. Es soll damit ein Verband geschaffen werden, der eine besondere Ausbildung für den Bürgerkrieg ermöglicht und es ist in diesem Zusammenhang von starkem Interesse zu hören, daß der Rote Frontkämpferbund zurzeit Mitglieder nach Moskau kommandiert haben soll, die in dem Rahmen dieser Brigade ausgebildet werden sollen.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung.

Berlin, 20. Juli.
Amtlich wird mitgeteilt: Neben der Erteilung von Aufträgen an die Industrie und der Förderung der Ausfuhr und des Wohnungsbauens steht die Reichsregierung in ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm die verstärkte Durchführung von Notstandsarbeiten vor, die sich in besonderem Maße für die Beschäftigung von ungelerten Arbeitern eignen. Die Bedeutung dieser Arbeiten ergibt sich daraus, daß allein die Reichsarbeitsverwaltung in den Monaten April, Mai und Juni der Ausführung oder Fortführung von Unternehmungen mit einem Gesamtumfang von 28 Millionen, von denen 22 Millionen auf die Erwerbslosenfürsorge entfallen, zugestimmt hat. Von diesen Arbeiten verdienen besonders Interesse: Straßenbauten, Hafenerweiterungen, Regulierungs- und Meliorationsarbeiten. Diese Unternehmungen waren nur ein kleiner Abschnitt aus dem Gesamtprogramm der Notstandsarbeiten der Reichsregierung. Die Mitwirkung der Reichsarbeitsverwaltung bei Anordnung von Notstandsarbeiten ist auf die Provinzen beschränkt, bei denen die Beihilfe aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge den Betrag von 200.000 M übersteigt. Die Anerkennung weiterer zahlreicher kleinerer Unternehmungen ist, soweit Reichsmittel in Anspruch genommen werden sollen, den obersten Landesbehörden oder nachgeordneten Stellen überlassen. Der Umfang dieser Arbeiten ist s. St. nicht zu überschätzen.

Reichskabinett und Reichsbahn.

Berlin, 20. Juli.
Das Reichskabinett hat folgende Meldung: Der Reichskanzler empfing die Herren v. Siemens, Dr. Luther und Dr. Bergmann, die die Stellungnahme des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn zur Frage der Verhängung der Wahl des neuen Generaldirektors darlegten.
Im Anschluß hieran berichtete der Reichskanzler dem Reichskabinett über den Stand der Angelegenheit. Da zur Durchführung der Wünsche der Reichsregierung auch nach Ansicht des Verwaltungsrates jetzt noch weitere Verhandlungen mit anderen in Betracht kommenden Stellen geführt werden müssen, konnte das Reichskabinett zur Frage der Verhängung der Wahl noch keine Stellung nehmen.

Die Reichseinnahmen im Juni.

Berlin, 20. Juli.
Nach den Mitteilungen des Reichsfinanzministeriums stellten sich die Einnahmen des Reichs an Steuern, Zöllen und Abgaben vom 1. April 1926 bis 30. Juni 1926 wie folgt:
Aufgekommen sind im Juni an Besteuern und Verbrauchssteuern, und zwar fortdauernde Steuern 263.336.940 Reichsmark, vom 1. April bis 30. Juni 959.115.563 RM, einmalige Steuern im Juni 2.407.505 RM, vom 1. April bis 30. Juni 14.145.103 RM;
an Zöllen und Verbrauchsabgaben, und zwar verpfändete im Juni 163.914.740 RM, vom 1. April bis 30. Juni 461.229.726 RM, andere im Juni 5.581.286 RM, vom 1. April bis 30. Juni 20.672.822 RM;
sonstige Abgaben im Juni 65.589 RM, vom 1. April bis 30. Juni 128.679 RM.
Im ganzen sind aufgefunden im Juni 485.276.042 RM, und vom 1. April bis 30. Juni 1.455.291.895 RM. Im Reichshaushaltsplan ist die Einnahme für das Rechnungsjahr 1926 angesetzt auf 6.465.300.000 RM.

Inspektionsreise des Reichswehrministers.

Berlin, 19. Juli. Wie die Morgenblätter melden, wird Reichswehrminister Dr. Gessler in den nächsten Tagen eine Inspektionsreise antreten. Er wird zunächst den Truppenübungsplatz Ohrdruf und im Anschluß daran noch weitere Truppenübungsplätze besichtigen. Im August wird er den Flottenmanövern in der Ostsee beiwohnen.

Rheinregulierung und Straßburger Rheinhafen.

Von
Baurat August Schneider.
II *)

Im Gegensatz zur Haltung der französischen gesinnten Elässer vertreten gerade die deutsch gesinnten, wie die Oberbürgermeister der Stadt Straßburg, Dr. Bad und Dr. Schwander, die Unterstaatssekretär Horn von Buslach, Dr. Petri und andere den Gedanken der Rheinregulierung. Als Hauptgegner der letzteren seien hier nur genannt die Elässler Wetterle, Dr. Ricklin, Preiß, Immler, Adam und Ungemach, die im elsäss-lothringischen Landesausschuß und im Gemeinderat der Stadt Straßburg das Stromregulierungsprojekt jahrelang auf das heftigste bekämpften. Es würde zu weit führen, hier auf Einzelheiten näher einzugehen.

Hätte man den schon im Jahre 1890 von badißem Oberbaudirektor Max Honell, dem hervorragendsten Hydrotechniker Deutschlands, empfohlenen, im Winter 1896/97 auf Ersuchen der beteiligten Rheinverwaltungen von demselben eingehend ausgearbeiteten „Entwurf für die Herstellung eines Niedermasserbettes“ (Rheinregulierung) sofort angenommen, anstatt ihn 16 Jahre lang zu bekämpfen, um ihm dann nach fruchtloser Vergeudung so vieler kostbarer Zeit doch endlich zuzustimmen, weil er eben die einzig richtige und rationelle Lösung des Problems darstellte, so wäre Straßburg allerdings viel früher in den Genuß der Vorteile einer erstklassigen, modernen Wasserstraße gekommen, die alle Anforderungen der Großschifffahrt in jeder Hinsicht und in vollem Umfange zu befriedigen vermöge.

Genau ebenso unbegründet und unhaltbar ist der französische Vorwurf, von deutscher Seite sei der Ausbau der Straßburger Hafenanlagen absichtlich unterbunden worden, um den wirtschaftlichen Aufschwung dieser Stadt und des Elßasses überhaupt zu verhindern. Gerade von deutscher Seite ist alles geschehen, um Straßburg zu einem modernen Binnenhafen ersten Ranges auszubauen und auszugestalten. Nicht unerwähnt möge hier bleiben, daß die Herstellung der Straßburger Hafenanlagen, von denen das Mehrgerteboden im Jahre 1882, das Handels- und das Industriehafengebäude im Jahre 1892 eröffnet und dem Verkehr übergeben wurden, allein der tatkräftigen Initiative des alldutschen Oberbürgermeisters Dr. Bad zu verdanken ist, der dabei einen recht scharfen Widerstand altelässischer, französisch gesinnter Kreise im Straßburger Gemeinderat zu überwinden hatte.

Ebenfalls der Artikel 357 des Friedensvertrages zwischen Frankreich und Deutschland, so gab ihnen der Artikel 65 die Möglichkeit, die Konkurrenz des Rheiner Hafens, der für die Dauer von sieben Jahren zu einer Annex der Straßburger Hafens unter französischer Verwaltung deklariert worden war, völlig auszuschalten und den Straßburger Hafen in diesem Zeitraum so zu erweitern und auszubauen, wie es ihren Absichten und Plänen entsprach. Der Eventualität, daß die geplanten Erweiterungsarbeiten nicht innerhalb der festgesetzten sieben Jahre im gewöhnlichen Umfange fertiggestellt werden könnten, haben die Franzosen in vorsonstiger Weise dadurch Rechnung getragen, daß sie dem Artikel 65 eine entsprechende Bestimmung über eine Fristverlängerung einfügten, die folgendermaßen lautet:

„Für Frankreich nach Ablauf des 6. Jahres der Aufsicht, daß der Stand der Straßburger Hafenanlagen eine Verlängerung dieser Uebergangsordnung (d. h. Betriebseinstellung beider Häfen) erfordert, so steht ihm frei, sie bei der Rheinischlothringischen Zentral-Kommission zu beantragen. Diese kann sie für eine Zeit von höchstens drei Jahren bewilligen.“
Die siebenjährige Frist der Hafengemeinschaft läuft am 10. Januar 1927 ab; eine Beendigung der umfangreichen projektierten Ausbau- und Vergrößerungsarbeiten des Straßburger Hafens bis zu diesem Zeitpunkt ist jedoch vollständig unmöglich. Auf den aus diesem Grunde von Frankreich am 6. Januar 1926 gestellten Antrag auf Fristverlängerung um 2 1/2 Jahre, also bis zum 10. Juli 1928, wurde ihm von der Rheinischlothringischen Zentral-Kommission, die die berechtigten Forderungen der deutschen Vertreter zu würdigen mußte, eine Verlängerung um nur 18 Monate, d. h. bis zum 10. Juli 1928, bewilligt, was als begründeter Erfolg Deutschlands zu bezeichnen ist, zumal da außerdem noch die Befreiung eines ansehnlichen Teiles des Rheiner Hafens von der französischen Dienstbarkeit erreicht worden ist. Die Franzosen hoffen indessen, durch energisches Betreiben und Beschleunigen der Bauarbeiten auch schon bis zum letztgenannten Termin wenigstens den ersten Abschnitt ihres

*) Sgl. S. 2. Nr. 235 v. 17. 7. 26.

gewaltigen Hafenerweiterungsprogramms vollenden zu können, wodurch die Umschlagleistungsfähigkeit der Strassburger Hafenanlagen auf 6,5 Millionen Tonnen im Jahr, also auf etwa das Dreifache der bisherigen, gesteigert werden wird. Das neue, unter Benutzung und teilweiser Modifizierung des früheren deutschen Entwurfs in den Jahren 1919-1924 aufgestellte französische Projekt sieht den Bau von acht neuen großen Hafenbecken vor, nach deren Fertigstellung der Strassburger Rheinhafen einen Jahresumschlag von 10 Millionen Tonnen bewältigen kann. Die Gesamtkosten sind auf rund 250 Millionen Frs. nach der Valuta von 1920 veranschlagt (d. h. rund 88 Millionen Goldmark), wovon 170 Millionen Frs., die zur Ausführung des 1. Bauabschnittes erforderlich sind, vom französischen Staat übernommen werden, während die restlichen 80 Millionen Frs., die zur Verwirklichung des Gesamtprogramms noch benötigt werden, vom „Autonomen Hafen Strassburg“ selbst aufgebracht werden müssen. Bekanntlich ist der Strassburger Rheinhafen auf Grund eines zwischen der Stadt und dem französischen Staat am 25. Mai 1923 abgeschlossenen Vertrages mit dem 1. Januar 1926 aus dem städtischen Eigentum ausgegliedert und zum Gegenstand einer selbstständigen Verwaltung gemacht worden, die den Betrieb, den Unterhalt und den Ausbau des Hafens zu befragen hat. Der „Autonome Hafen“ ist ein öffentliches Betriebsunternehmen mit dem Charakter einer juristischen Persönlichkeit; er ist den allgemeinen Regeln der Verwaltung der öffentlichen Gelder unterworfen und untersteht der Kontrolle des Ministers der öffentlichen Arbeiten. Durch die Schaffung eines solchen autonomen Organismus, an dem der Staat, die Stadt, der Bezirk Unter-Elsass und die Handelskammern beteiligt sind, hofft man, das Riesenunternehmen, dessen Kosten die Stadt Strassburg allein niemals aufbringen könnte, finanzieren und verwirklichen zu können.

Die Franzosen gehen sich bezüglich der künftigen Aufwärtsentwicklung des Strassburger Hafenerwerbes den künftigen Hoffnungen hin; ihr Optimismus ist in dieser Hinsicht unerlässlich. Sie rechnen mit einer starken Steigerung sowohl der Einfuhr, hauptsächlich der Rohstoffe, die über 50 Prozent des Gesamtumschlages ausmacht, als auch der Ausfuhr, bei der das oberelassische Saat und das lothringische Erz eine bedeutende Rolle spielen. Auch der zu erwartende Fortfall der Reparationslasten erleichtert ihnen ihre Sorgen hinsichtlich der Güterbewegung des Strassburger Hafens zu bereiten; man weiß ja, daß das ganze östliche Frankreich bis nach Lyon hin, wie schon vor dem Kriege, so auch heute noch, auf die billige und dabei hochwertige Rohstoffe angewiesen ist, und hofft auf Grund der mit Deutschland abgeschlossenen Handelsverträge auf eine ständig steigende Zufuhr dieses für die Industrie unentbehrlichen Rohstoffes. Man muß zugeben, daß die Franzosen ihr Möglichstes tun, um dem „Autonomen Hafen“ frisches Leben und neuen Verkehr zuzuführen; so haben sie neben dem Hafengelände eine großartige Kunstseidefabrik, ferner ein hochmodernes Dampf-Elektrizitätswerk von 4500 PS., sowie eine gewaltige Holzfabrik errichtet, lauter Anlagen, die die erforderlichen Kohlen und Rohmaterialien auf der Rheinwasserstraße beziehen und ihre Produkte auf dieser exportieren. Weitere industrielle Anlagen sind im Entstehen begriffen und in Aussicht genommen.

Trotz aller dieser anerkanntwertigen Bemühungen der Franzosen um die Förderung und Hebung des Strassburger Hafenerwerbes ist es doch zweifelhaft, ob ihre weitgepannten Hoffnungen in Erfüllung gehen werden. Die vorzügliche Wasserstraße des regulierten Rheins würde zwar eine unbegrenzte Verkehrsvermehrung gestatten; von entscheidender Bedeutung aber für die künftige Entwicklung des „Autonomen Hafens“ werden die wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Verhältnisse Frankreichs sein, wobei besonders auch die jetzt schon einsetzende scharfe Konkurrenz der französischen Eisen-

bahnen und Seehäfen nicht übersehen werden darf. Uebrigens scheinen die Franzosen nicht zu bedenken, daß sie selbst der Kohleneinfuhr des Strassburger Rheinhafens durch den Bau des Kanalstrasses Straßburg-Basel (Grand Canal d'Alsace) infolgedessen einen tödlichen Schlag verleihen werden, als sie durch die Erzeugung von 800 000 PS. elektrischer Energie in den Kraftwerken dieses Kanals jährlich fünf Millionen Tonnen Kohlen sparen werden, die also dem Strassburger Hafen entzogen werden. Heute schon stellen sich infolge der niedrigen Kampftarife der französischen Bahnen die Kraftwerke des nach Amerika bestimmten oberelassischen Kanals auf dem Schienenwege von Bollweiler nach den Seehäfen Rouen oder Dunkirchen erheblich niedriger als auf dem gemächlichen Wege Bollweiler-Strassburg per Bahn und von Strassburg auf dem Rhein nach Antwerpen. Die Folgen dieses Konkurrenzkampfes werden nicht ausbleiben. Noch eine andere große Gefahr bedroht die Zukunft des Strassburger Hafens und der französischen Rheinschiffahrt. Italien plant, mit größter Beschleunigung eine direkte Eisenbahnverbindung Genua-Mailand herzustellen, um dadurch das Hinterland des Seehafens Genua bis in die Schweiz hinein zu erweitern, so daß ein großer Teil der bisher auf dem Rhein nach Strassburg und von da per Bahn in die Schweiz beförderten Güter diesen Weg verlassen und den neuen über Genua und Mailand einschlagen wird.

Ein schwerer Kampf gegen alle diese Antagonisten und Konkurrenten steht also dem Strassburger autonomen Rheinhafen noch bevor. Das gegenwärtige, traurige Schicksal der andern Oberelassischen, die unter dem Stillstand oder gar Rückgang ihres Verkehrslebens zu leiden haben, wird wahrscheinlich auch ihm nicht erspart bleiben.

Schuldendebatte im englischen Parlament.

Englische Zustimmung gegen Amerika.

London, 20. Juli.

Im Unterhause begannen die Verhandlungen über das englisch-französische Schuldabkommen. Als erster Redner tritt hier die Liberale Wedgwood Benn Churchills Abmachungen unter Hinweis darauf, daß er es nicht durchgesehen habe, daß die Schuldnerpartei ihre Tarife herabsetze und ihre Verträge revidiere. — Der Konservative Milton Young kritisierte die Haltung der Vereinigten Staaten. Die Forderung der Vereinigten Staaten Reparationszahlungen nach dem Vereinigten Staaten müsse werden. — Der Arbeiterpartei Sprecher und bezeichneter des Abkommens als nicht befriedigend. Die Zahlungen, zu denen Frankreich und Italien England gegenüber verpflichtet seien, seien im Vergleich zu den Zahlungen den Vereinigten Staaten gegenüber zu gering.

Finanzminister Churchill

erklärte in seiner Erwiderrungsrede, er gebe gerne zu, daß hinsichtlich der Sicherheitsklausel Galloway gegenüber Ungeklärtheiten gemacht wurden. Man dürfe aber deren Bedeutung nicht übersehen. Großbritannien habe bei der Vereinbarung mit Frankreich den Grundsatz des Paripassus mit Amerika aufrecht erhalten. Er, Churchill, habe nicht den Wunsch, sich in Vorwürfen gegen das amerikanische Volk oder die amerikanischen Zeitungen zu ergehen. Doch behaupteten Zeitungen, Mellon habe gesagt, daß England einen großen Teil der seine amerikanischen Schulden ausmachenden Summen zu rein kaufmännischer Vermittlung, also zu einem Zweck, der mit dem Kriege gar nichts zu tun habe, geborgt habe, womit auch England eripart worden sei, bei seinen eigenen Staatsangehörigen zu borgen. Das stelle ein unbetreibbares und gänzlich un-

ersehen der Dinge, wie sie wirklich liegen, dar. Dieses Mißverständnis ist von so ernstem Charakter, daß ich beinahe geneigt bin, die Authentizität dieser Stelle von Mellons Verkörperungen anzuzweifeln. Alle Anleihen, die die Vereinigten Staaten den Alliierten gewährt haben, waren laut ausdrücklicher Bestimmung des amerikanischen Kongresses ausschließlich zur Durchführung des Krieges bestimmt. Für jeden geliehenen Pence hat das amerikanische Schatzamt Abrechnung verlangt und erhalten. Jeder Pence ist unter Kontrolle des amerikanischen Schatzamtes ausgegeben, und zwar ausgegeben worden für Zwecke, die nach amerikanischer, nicht nach unserer Ansicht zur Förderung und Durchführung des Krieges dienlich waren. Es bezieht sich wegen dieser Schuld beträchtliche Erörterung und Vertimmung. Und es ist wichtig, daß diese Vertimmung durch Mißverständnisse über die tatsächlichen Vorgänge nicht noch gesteigert wird.

Zum Schluß erklärte Churchill, man solle mit der allgemeinen Lage hinsichtlich der Kriegsschulden nicht unzufrieden sein. Man solle der Zeit vertrauen, denn die Jahre würden eine große Verbesserung in der Lage bringen, die jetzt mit äußerster Samere auf der unter den Kriegsfolgen leidenden Bevölkerung Europas lastet.

Die englische Kohlenkrise.

Besprechungen der Vertreter der Kirche mit Baldwin.

London, 20. Juli.

Gestern abend empfing Baldwin im Unterhause die Vertreter der Kirche, die im Zusammenhang mit ihren Vermittlungsversuchen im Kohlenstreit um eine Zusammenkunft arbeiten hatten und mit denen der Premierminister zwei Stunden zusammenblieb. Die Geistlichen wurden von dem Bischof von Lichfield eingeführt, der dem Premierminister das bereits veröffentlichte, von den Führern des Bergarbeiterverbandes unterzeichnete Dokument vorlegte und zusammen mit den anderen Mitgliedern der Abordnung deren Auffassung darlegte.

Der Premierminister legte in seiner Antwort die Auffassung der Regierung auseinander, die bekanntlich dahin geht, daß von einer neuen Subvention keine Rede sein darf. Die Mitglieder der Abordnung prüften sodann verschiedene Punkte der in dem Dokument erwähnten Vorschläge im Lichte der von Baldwin erteilten Antwort und beschloßen, mit den Führern der Bergarbeiter weitere Besprechungen abzuhalten.

Normaler Verkehr bei den englischen Eisenbahnen.

London, 20. Juli.

Die englischen Eisenbahnen, die seit dem Ausbruch des Bergarbeiterstreikes nur einen eingeschränkten Dienst unterhalten können, nahmen gestern den Verkehr unter normalen Bedingungen wieder auf und stellen 20 000 Bunde neu ein. Hauptächlich werden eingeführte Kohlen zum Betriebe benutzt.

Die belgische Finanzkrise.

Einschneidende Maßnahmen der belgischen Regierung.

Brüssel, 20. Juli.

Gestern wurden in einem Kabinettsrat die dem König zu unterbreitenden Dekrete geprüft. Vorzeichen sind Regelung der Verstellung und des Verkaufs von Wehl, Brot und anderen Nahrungsmitteln, sowie der Aus- und Einfuhr von Holzwaren und Mehl, Maßnahmen zur Unterdrückung aller für den Kredit des Staats schädlichen Nachrichten. Weiter wurde Erwogen die Verschärfung der Kontrolle des Devisenmarktes, eine Polizeistunde für die öffentlichen Gaststätten, eine Regelung des Handels mit Rohmaterialien, eine Beschränkung der in Belgien weilenden Fremden und eine Steuer für den Aufenthalt in Hotels.

Die Beisehung des Bischofs von Keppeler.

Rotenburg, 20. Juli.

Nachdem am Montag abend die sterbliche Hülle des Bischofs von Keppeler vom Palast nach dem Dom überführt worden war, begannen am Dienstag vormittag die eigentlichen Beisetzungsfeierlichkeiten, und zwar um 8 Uhr mit einem Trauerakt im Dom. Das Pontificalrequisium wurde von Erzbischof Dr. Frick aus Freiburg gehalten. Zu der Feierlichkeit waren als Vertreter der württembergischen Regierung Justizminister Benkerle und Min.-Rat Meindling vom Kultusministerium erschienen. Die bayerische Regierung war durch ihren Gesandten in Stuttgart vertreten. Unter der Geistesleitung bemerkte man den Bischof Ehrenfried von Würzburg, den Erzbischof von Neuron, den Beisehungsvater von Freiburg, Domherren verschiedener Bistümer. Unter dem zahlreich erschienenen katholischen Adel war der Herzog Albrecht von Württemberg und der Erbprinz von Sigmaringen zu bemerken, ferner Freiherr von Gemmingen als Vertreter der Herzogin Charlotte. Nach dem feierlichen Pontificalrequisium ordnete sich der Trauerzug zur letzten Ruhestätte des Bischofs bei der Sülzentrirche, wobei fünf seiner Vorgänger ruhen.

Die Zollhinterziehung der Kontrollkommission.

Berlin, 20. Juli.

Zu der Beschlagnahme der Wein- und Likörvorräte in der Kantine der Interalliierten Kontrollkommission berichten die Blätter:

Als im Januar d. J. die Kantine der Kommission aufgelöst wurde, wurden die Reste in die Hände an Weinen und Likören dem Kantinenverwalter, einem Deutschen, übergeben. Das Hauptpostamt veranlaßte die Verhinderung, die der deutsche Verwalter ablehnte. Daraufhin wurden die Waren beschlagnahmt. Die Kontrollkommission ist nachträglich beim Landesfinanzamt vorstellig geworden, das aber auf der Beschlagnahme bestand. Aus der Tatsache, daß die Kommission ihre Vorstellungen beim Landesfinanzamt direkt erhob und sie nicht ohne das auswärtige Amt leitete, schließen die Blätter, daß die Kommission ihrem Schreiben keinen offiziellen Charakter geben wollte.

Wechsel im Staatssekretariat der Reichskanzlei?

Berlin, 20. Juli.

Blättermeldungen zufolge soll der bisherige Staatssekretär der Reichskanzlei, Kempner, im Auslandsdienst Verwendung finden. Als sein Nachfolger wird der bisherige Ministerialdirektor in der Reichskanzlei, Fuenker, genannt. Fuenker gehört seiner Partei an.

Kaiser-Borax

macht das Wasser des kältesten Bades, der Wohlgeruch und Abreibung zum natürlichen Heilmittel. Durch den Zusatz von Kaiser-Borax wird das Wasser weich, reinigend, schmerzstillend und gewirkt wundheilend. Verursacht Hautentzündung und auf die Hauttätigkeit. Verursacht Hautentzündung und auf die Hauttätigkeit. Verursacht Hautentzündung und auf die Hauttätigkeit.

Kaiser-Borax wird niemals los, sondern nur in der bekannten roten Original-Packung geliefert. Welche für die Reinheit der Ware garantiert. — Unzulässige Gebrauchsanweisung liegt jedem Karton bei. Heinrich Mack Radf., Ulm a. D.

Münchener und Wiener Humor.

Bei ihrem derzeitigen Münchener Gastspiel singt Hans Niese, Wiens volkstümlichste Schauspielersin, die sich auf Fingeln des Coupletierens des Welt eroberte, ein Stanzel mit den Worten:

„Wien und München, München — Wien, die Verbindung hat nen Sinn!“

und das Publikum, bereits zu einem Niese-Kultus entflammt, stimmt begeistert ein. Und man muß diesem dem Publikum recht geben, wenn die beiderseitigen „goldenen“ Herzen raider schlagen und sich unsichtbare Fäden vom Stiefel zum alten Peter schlingen. Führt der Münchener, daß die Niese, diese letzte große Erbin vom Geiste Alexander Grotowskis, die vollkommenste Ergänzung zu dem bedeutendsten und erschütterndsten (ich wähle das Wort mit Absicht) Komiker darstellt, den die Markstadt mit Stolz ihr eigen nennt, zu Karl Valentin? Man hat es leicht zu verwechseln, man echt einen Abend zur Niese ins Schauspielhaus, den nächsten zu Valentin ins Colosseum.

Die Niese ist eine prächtige Frau. Zu ihr gehört der Humor, so wie etwa die Musik zu Johann Strauß gehörte, unablässig von seinem Wesen, ein Teil seines Charakters, seiner selbst. So kann die Niese, wenn sie die Niese ist, eigentlich gar nicht anders als komisch sein; unversehens sprudelt ihr Witz, echter Wein, der nicht auf die Naschen verwehrteter Routine gezogen ist. Die Niese kann noch über sich selbst lachen, ach, so von Herzen lachen. Ueberhaupt ihr Vase! Dies allein möchte schon ausreichen, den Erfolg eines Abends zu gewährleisten. Denn dies Lachen hat feilsche Reizmomente, ist nichts mehr noch minder als eine einzige Philosophie des Frohsinns, von so entzündender, unübersteiglicher Lust: „Lustig ist das Leben, ihr Leute, gar so viel Lustig; also lacht's, ihr Leute!“ Während sich der Berliner Witz, und das macht seinen großen Reiz, seine Eigenart aus, so stark mit Intellektualismen durchsetzt, daß er unmissverständlich zur Travelle des Lebens wird, enthält

sich der Wiener Humor der Niese jeder Kritik des Daseins, verzichtet auf alle Brillen, die das Bild satirisch verzerren, sieht mit gesundem, leuchtenden Augen in die Welt; ist eine Lebensanschauung. Wo's lustig hergeht, lacht er mit; er freut sich mit den Frohlichen, nicht über die Frohlichen. Er hat eine Grundmelodie, eine echt Wiener Melodie, deren höchsten Tiefpunkt man begriffen haben muß, will man die Kunst der Niese ganz verstehen: „Dreut euch des Lebens!“

Karl Valentin spielt jetzt wieder sein Stück „Maufrüher vor München“, während die Niese als rote Fäden und einziger Mittelpunkt des Interesses durch eine Kette der Herren KJ, sich hindurchschlingt. Valentin, der Dichter, spielt sein Stück; Maufrüher bedroht München und er ist ein Wachsmodell am Martor. Dies Stück ist gleich allen anderen Schöpfungen Valentins primitiv wie ein Volkslied, von unerbittlicher Phantasiekraft. Es hat eigentlich keine Handlung, an deren festeren Festsitz man sich durch die Handlung lassen könne, es ist ein Sammelurium von allerhand Einfällen, dudenweise geäußert, aber so bewegend ein jeder, daß ein moderner Schwankautor von Profession aus der Hälfte eines solchen Einfalles schon einen Dreier produzieren würde. In Valentin, dem Kind des Volkes, das die Witzspielreihen schenkt, weil er dann nicht jeden Morgen die Frauenhürne sehen kann, das in jeder Komödie Teufelswerk erblickt, aber mit unendlicher Liebe an seinen Kosen hängt, lebt noch der alte Schmonzenceit des deutschen Volkes, der Geist Till Eulenspiegels und des Waffers Amis, denn was kein Intellekt des Intellektuellen recht, das ist hier in Einfalt ein kindlich Gemüt. Gleich der Niese ist auch Valentin vom Geist der Liebe regiert, der Liebe zu den Geschöpfen, die er darstellt. Nicht der Schauspielerei, der Mensch ist, der droben auf der Bühne festsetzt, nicht der Komiker, sondern der Künstler. Wie die Niese, träumt er von einem Artleben der entmenschten Zeit; heißt es bei ihr Alt-Wien und liegt im Witzgarten des Prohokos, so nennt er's Alt-München und verlegt es in die Rosenau, wo einst die

Sonntagsurlauber mit ihren „Damen“ die Bänke drücken und das Bier aus kal. bayerischen, nicht freihandlichen Maßkrügen slock. Poiet man die Tiefen des Humors, wie ihn die Niese bringt, aus auf den letzten Grund aus, so bleibt das Zenfblei immer wieder auf dem Boden des Wiener Gemüts mit seinem „Dreut euch des Lebens“ liegen; bei Valentin lacht es tiefer; es läßt auf ein schmerzlich gesadtes tragisches Empfinden. Die Niese hatte einst ihren Charme, ihre Schönheit, ihre Jugend; lunt ist sie auch heute noch geblieben im Herzen, im Fühlen, wenn auch die Soubrettenrosen auf ihren Wangen allmählich verblüht sind — Karl Valentin ist Komiker geworden, weiner seiner grotesk bogenen Figur, seiner Naie, seiner Augen. . . Dieser Humorist ist ein tragischer Mensch, so tragisch, wie die Niese untragisch ist. Fern liegt mir jedes Vorurteil. Ich habe die Verleide, mo es sich um zwei gleich starke, wenn auch zu tiefst anders geartete Künstler handelt. Man sieht nur, Valentins Tiefe hat die Niese nicht, er nicht ihren jauchzenden, aus dem Geiste der Lust aborenen Optimismus. Weil er das lästigt, hat er sich seine Ergänzung in Niese Karstadt, der Münchner „Niese“, gesucht. Ihre volle Gesundheit hält ihn lameradischhaftig zurück, wenn er zumeilen zu nahe an gefährlichen Abgründen wandelt, wenn er, der aus dem Geiste des Volksliedes Schaffende, plötzlich von dessen deutlicher, unerklärlich trüber Schwermut überwältigt wird. Darum ist er ein Künstler der Dämpfungen, der Halbton; seine Komik ist leise und mitunter etwas träumerisch. Die Niese dagegen lebt es mit vollem Dröcker daherausstrahlen, sie geht mit starken Effekten nicht aus dem Weg, und es ist bezeichnend, daß gerade sie, die im Auto zu ihrem Münchener Gastspiel angefahren kam, nicht der stillere Valentin die Worte gefunden hat, die im Eingange wie im Ausfluge dieser Zeilen stehen mögen:

„Wien und München, München — Wien, die Verbindung hat nen Sinn!“

Dr. Wilhelm Zentner.

Karlsruher Kunstleben.

Badischer Kunstverein.

Der Kunstverein zeigt diesmal ein außerordentlich gehobenes Niveau gehaltenes Bild: es sind lauter auswärtige Künstler, die sich in der Mähe und Temperaments, die sich nicht in die übliche Karlsruher Aufmachung einfügen.

Zunächst überreicht in gewissem Sinn der Frankfurter A. G. u. d. d. der durch seine stammmerliche Malität in südlichen Schwarmmal zum Teil auch zu den Badenern gehört. Er ist vor war einer der Führenden auf den neuen Wegen in Frankfurt, ein Studender, der sich zur Ausdrucksformen, ein Expressionist, der sich zur Zeit wieder strengerer Formgebung hingewandt ist. Das Expressionistische ist noch ertraglich in den eigentümlichen Formen aufeinanderbauenden, der vielfach noch recht breiten Mode, in gewissen Stellungen und Gebärden, der Bildnisse. Jedemfalls ist er ein Kolorist, der alles in Farbe aufzulösen vermag. Die seine, oft bunten, unruhigen Hintergründe, die aber in der Form wird doch eine gewisse Konzentration angeht, wie das die Madonnen, Damenbildnis auf regeltem, bemeisler, fove, Madonnen mit Halskette. Klei ist, bemeisler, Seine gar derb hingekleidet empfunden und gewist, sind noch expressionistisch empfunden und macht — kurz man ist Zeuge einer sich entwickelnden Wandlung, deren Vollzug man erwarten soll. Eine geschlossene Kunst von Hans Wela auf, einem Schweizer Maler, der zwar auf der Schweizer Ausstellung, die übergegangen war, aber doch den Baden Charakter in seiner Landschaftsform aus dem Graubündner Gebiet auf augenfällige Weise im Ausdruck bringt. Ganz besonders wertvoll ist ein allgemeines Ueberbild über das immer mehr Oberflächlich auf, wie das Werk in immer steigender Weise behandelt wird, wie es allen Tages- und Jahresstimmungen als Schöne im Hochgebirge, bald jannenerüberaus.

Dr. Wirth ruft zum Kampf gegen Rechts auf.

(Wiener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.)

Dr. R. J. Berlin, 20. Juli.

Die geliebte Berliner Abendpresse beschäftigt sich eingehend mit einem großen Aufsatze, den Dr. Wirth unter der Ueberschrift „Ziele und Wege in der deutschen Politik“ veröffentlichte und dem er das Motto gibt: „Schafft eine feste republikanische Nation!“

Im kommenden Frühjahr werde ich mit einigen Freunden versuchen, eine gemeinsame Aktion für die Republikaner zur Verwirklichung der Probleme der deutschen Republik für die politische Auswirkung der republikanischen Bewegung in Deutschland zu schaffen.

Der Artikel, den der ehemalige Reichstanzler Dr. Wirth in der heutigen Morgenausgabe des „Karlsruher Tagblattes“ veröffentlicht hat, ist ein Aufruf zu einer republikanischen Aktion, die in der Berliner Abendpresse ausführlich besprochen ist.

Der „Volksanzeiger“ schreibt: Noch in letzter Minute als diese Antifundung des Kampfes gegen die Demokratie, die sich an die Spitze der Demokratie, wie auch beim Zentrum gerade zurzeit sehr starke Bestrebungen

haben, ihre Leute aus dem praktisch ja lediglich als sozialdemokratische Schutztruppe gebildeten Reichsbanner herauszuweisen.

Auch die „Kreuzzeitung“ schreibt: Es wird überhaupt Schwierigkeiten haben, das Zentrum nun für den Versuch einer Unionpolitik in der Art, wie sie sich Herr Wirth denkt, zu gewinnen, denn es mehren sich die Stimmen, die den Austritt des Zentrums aus dem Reichsbanner in Erwägung ziehen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ meint: Herr Wirth wird mit den Methoden des Hörsing-Banners bei den Bürgerlichen, vor allem aber bei der eigenen Partei wenig Begeisterung auslösen.

Die „Tägliche Rundschau“ erklärt: Man wird sich fragen müssen, ob das Zentrum, nachdem es Dr. Wirth schon einmal ausgeschickt hat, gemillt ist, diesen selbst Wirth als Steuermann an Bord zu nehmen, ob das Zentrum in seiner Gesamtheit Willens ist, gleich Dr. Wirth zugunsten der Bundesgemeinschaft Haas-Goebel darzutreten, den striktischen und nationalen Gedanken in gleicher Weise neben dem republikanischen und den sozialen maßgebend für seine kommende politische Entwicklung sein zu lassen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Das neue Triumpvirat: Das einzige Interessante in dem sehr langen Aufsatz ist leider der Schluss: Wirth will unter Ausschaltung des Herrn Koch die Bildung eines Triumpvirats aus Löbe, Haas und Wirth proklamieren.

Die „Germania“ endlich meint: Zu dem Aufruf habe Dr. Wirth offenbar das schlappe Verhalten der Sozialdemokratischen Partei bei der parlamentarischen Erledigung der Wirthfrage den Anlaß gegeben. Wirth sieht auf der einen Seite den robusten Machtwort der Rechten, auf der anderen Seite das ungeschickte Verhalten der Sozialdemokraten.

Deutsches Reich

Die Frage des Reichschrenmals.

Berlin, 20. Juli. Die Handelskammer Frankfurt a. M. richtete an das Reichsministerium des Innern folgendes Telegramm: Die Bevölkerung des gesamten Rhein- und Maingebietes legt das größte Gewicht auf die Errichtung des Reichschrenmals an deutschen Rhein, an der alten Kulturstätte des deutschen Gedankens.

Vor einem Zusammenschluß der deutschen Bergarbeiter.

Bochum, 20. Juli. In einem Beschlusse des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands wird der Zusammenschluß aller im Bergbau und in seinen Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter zu einem Bergbauindustrieverband und die Einleitung entsprechender Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Organisationsgefordern.

Schwere Leberfälle durch Reichsbannerleute.

TU, Berlin, 20. Juli. Im Anschluß an eine Reichsbannerkundgebung kam es, wie die „Tägliche Rundschau“ meldet, in Bochum und Umgebung zu zahlreichen Leberfällen.

lag, wurde ihm noch die Schlagader durchschnitten. Der Lehrer Kleinschmittler erhielt mit einem schweren Gegenstand einen Schlag auf den Kopf, durch einen weiteren wurde ihm ein Schlüsselbein gebrochen.

Besichtigungsreise des amerikanischen Botschafters in dem ober-schlesischen Industriebezirk.

Berlin, 20. Juli. Der amerikanische Botschafter in Berlin, Schurmann, traf am Samstag in Breslau ein, um am Montag gemeinsam mit dem Konsul der Vereinigten Staaten in Breslau eine Besichtigungsreise durch den ober-schlesischen Industriebezirk anzutreten.

Neue Unwettermeldungen.

Berlin, 20. Juli. Ein orkanartiges Unwetter, das von einem schweren Wirbelsturm begleitet war, richtete in der Gegend von Rathenow erheblichen Schaden an.

Die Sumpfsiebererkrankungen in den schlesischen Hochwassergebieten.

Breslau, 20. Juli. Ueber die neue Sumpfsieberkrankheit erfaßt die „Schlesische Zeitung“ von amtlicher Stelle folgendes: Gleich nach dem Bekanntwerden der ersten Erkrankungen sind durch den Kreisarzt die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet worden.

Aus dem besetzten Gebiet

Französische Manöver in der Pfalz.

Berlin, 20. Juli. Wie die „B. Z.“ aus Ludwigshafen meldet, werden in der Pfalz im September große französische Manöver stattfinden, an denen die 41. und 57. französische Division unter Leitung des Generalstabes teilnehmen.

Ablösung englischer Besatzungstruppen in Wiesbaden.

TU, Wiesbaden, 20. Juli. Anfang August werden drei englische Bataillone und eine Batterie durch aus England einrückende Truppenteile abgelöst und in ihre Heimatgarnison zurücktransportiert werden.

Parlamentarische Redebüthen.

Wenn die Junge ausdeitet.

Im „Berliner Börsen-Courier“ veröffentlicht ein Reichstagsabgeordneter folgende Redebüthen: Der Völkerverbund ist nur dazu da, die Giftschnecke von Sowjetrußland auf die Beine zu stellen.

Luftverkehr.

Eine glänzende Flugleistung im Luftverkehr auf der Strecke Karlsruhe-Frankfurt.

Am Montagabend der Schweizer Pilot Ruffenegger von der Basler Luftverkehr A. G. „Balair“, die in Betriebsgemeinschaft mit der Badisch-Pfälzischen Luftverkehr A. G. den Luftverkehr auf der Strecke Basel-Frankfurt durchführt.

Verschiedene Meldungen

Sechs Personen beim Baden ertrunken.

Berlin, 20. Juli. Im Laufe des gestrigen Nachmittags sind in den Freibädern in der Umgebung von Berlin sechs Personen beim Baden ertrunken.

Selbstmordepidemie in Berlin.

Berlin, 20. Juli. In der vergangenen Nacht und am heutigen Vormittag verlustig in Berlin 12 Personen sich das Leben zu nehmen.

Eine Fähr mit 30 Personen gekentert.

Berlin, 20. Juli. In Kleinauerlauken, einem Ausflugsort bei Memel, ereignete sich ein schweres Fährunglück. Teilnehmer eines Sommernachmittages wollten die über die Dange führende Fähr benutzen.

Spielklubsschindel.

Kolberg, 20. Juli. Durch die Ansetze von Geschädigten ist die hiesige Kriminalpolizei auf ein von Berlin ausgehendes großes Schindelunternehmen aufmerksam geworden.

Großfeuer in Volzenburg.

Volzenburg, 20. Juli. Heute nachmittags wurde die Dampfsägerei und Schiffswerft von Richard Jäger durch ein mit großer Gewalt auftretendes Feuer, das im Holzlagerschuppen ausgebrochen war, eingeeäschert.

Opfer der Hitze in Amerika.

Chicago, 20. Juli. In der Stadt und in deren Umgebung wurden am 20. Juli durch Hitzeopfer 12 Personen durch Schlag getötet.

stark überhöhet, bald nebelüberzogen, bald stürmend und stürmend in Dämmern verweht, bald kalt im Himmel blau stürmend, bald im Abenddämmerlicht aufblühend.

Parlamentarische Redebüthen.

Wenn die Junge ausdeitet.

Im „Berliner Börsen-Courier“ veröffentlicht ein Reichstagsabgeordneter folgende Redebüthen: Der Völkerverbund ist nur dazu da, die Giftschnecke von Sowjetrußland auf die Beine zu stellen.

Das Gute wird nicht immer erkannt.

Das Gute wird nicht immer erkannt, deshalb muß man aber nicht ablassen, gut zu sein.

Königin Luise.

Parlamentarische Redebüthen.

Wenn die Junge ausdeitet.

Im „Berliner Börsen-Courier“ veröffentlicht ein Reichstagsabgeordneter folgende Redebüthen: Der Völkerverbund ist nur dazu da, die Giftschnecke von Sowjetrußland auf die Beine zu stellen.

Das Gute wird nicht immer erkannt.

Das Gute wird nicht immer erkannt, deshalb muß man aber nicht ablassen, gut zu sein.

Königin Luise.

Parlamentarische Redebüthen.

Wenn die Junge ausdeitet.

Im „Berliner Börsen-Courier“ veröffentlicht ein Reichstagsabgeordneter folgende Redebüthen: Der Völkerverbund ist nur dazu da, die Giftschnecke von Sowjetrußland auf die Beine zu stellen.

Das Gute wird nicht immer erkannt.

Das Gute wird nicht immer erkannt, deshalb muß man aber nicht ablassen, gut zu sein.

Königin Luise.

2500 Meter Waschstoffe

zu aussergewöhnlich niederen Einheitspreisen

Wasch-Muslin gute Qualität 0.45	Crépon echtfarbig Wasch-Muslin, Zephir 0.65	Wasch-Marocain Frotté, Wasch-Seide 0.95	Frotté 120 cm breit Wasch-Seide 1.25	Volle bedruckt Wollmuslin, bedruckt 1.75
Roh-Seide, Crêpe-Volle aparte Muster, 100 cm 1.95	Flor-Phlana 100 cm breit 2.25	Adler-Seide indanthrenfarbig 2.75	Roh-Seide bedruckt, 80 cm breit 3.75	Reine Seide karriert, 100 cm breit 4.75

Der billige Serienverkauf von Wasch-Konfektion dauert fort!

Solange
Vorrat!

W. Boländer

Ullstein-
Schnittmuster

Unterkleider

für Damen u. Herren, besonders leichte
Qualitäten, in reicher Auswahl bei

Rud. Hugo Dietrich
Kaiserstraße 179 a, Ecke Herrenstraße.



EINLADUNG

zum

Fest der schönen Frauen

in der Festhalle am 31. Juli u. 1. August
Beginn je nachm. 7/4 u. abends 8 Uhr

Große Moden-Revue

— führender hiesiger Firmen —
Das elegante Kleid // Der fische Hut
Sommerpelz-Modenschau
— Bade-Modenschau —
unter Mitwirkung erster Künstler und
der süddeutschen Modenkönigin
FRAULEIN FRANZI REISING
Moden-Ausstellung
Schönheits-Konkurrenz
Prämier. der 10 schönsten Bubliköpfe

STADTGARTEN

Samstag, den 24. Juli, nachmittags 4 Uhr:

Aus

Tausend und eine Nacht

Orientalisches Kinderfest. Umzug um den See. Orientalische
Tänze (Tanzschule von Frau Mertens-Leger).

Konzert Orchester: Musikverein Harmonie. Leitung:
Hugo Rudolph. Eintritt: Nichtabonnenten
70 Pfg., Abonnenten 50 Pfg., Kinder jeweils die Hälfte. Bei Be-
nutzung der Kartenreihe werden von Nichtabonnenten 2 Scheine
u. von Abonnenten 1 Schein entwertet. Sämtl. Eingänge geöffnet.

Volksschauspiel Oetigheim bei Rastatt

Die Passion

Aufführung jeden Sonn- und Feiertag vom
6. Juni bis 8. Oktober (auch Peter und Paul
29. Juni) auf großartiger Naturbühne

Preise: 1-6 Mk. — — Gedeckter Zuschauerraum

Anfang 2 Uhr — Ende 8 Uhr
Vorverk. Oetigheim Theaterkasse. Tel. 61 Rastatt

Vorverkaufsstellen Karlsruhe:
Herdersche Buchhandlung, Herrenstraße
Müller, Musikhaus, Kaiserstraße
Brunnort, Saccarengeschäft, Kaiser-Allee
Zeitungslokal bei „Germania“
Kraus, Buchhandlung, Baumeisterstraße
Verkehrsbüro, am Bahnhof

Waldstr.

Residenz- Lichtspiele

Nur noch heute

Kampf um's rote Gold

Sieben Akte von Glücksjägern und
Wolfsbunden

Monty bei den Kannibalen
Grotteske in zwei Akten

Der verklebte Gerichtsvollzieher
Komödie in zwei Akten.

Trianon-Auslandswoche

Waldstr.

Waldstr.

Fotografie Wilh. Luger

Amalienstr. 85, am Kaiserplatz Tel. 2602.
Bildnisse, Vergrößerungen,
Postkarten, Paßbilder.
Atelier Sonntags geöffnet.

Damen- u. Herren-Fahrräder

Rahmen aus Eisen und Emaille (weiß), solide,
gehobelt hinterladen, mit Bergmann's Patent
abzugeben. — Neue Fahrräder, Nähmaschinen
und Herde auf sehr günstige Zahlungspläne.
Säbingerstraße 46 (Laden).



Liederhalle Karlsruhe

Mittwoch, 28. Juli 1926, abends 8 Uhr
— bei jedem Wetter —
im Schreppgarten und Colosseumssaal
(Waldstraße 16)

Großes Sommernachtsfest

nach Münchner Art

Konzert - Männerchöre - Reiche Unterhaltung

Eintritt frei. — Einführung von Gästen nur mit Genehmigung des Vor-
standes. Mitgliedskarte vorzeigen. DER VORSTAND

Kaffee Bauer

Heute Mittwoch 8 1/2 Uhr abends

Grosses Sonderkonzert der verstärkten Kapelle.

Aus dem Programm:
Ouverture zur Oper Rienzi Wagner
Fantasie aus der Oper Manon Lescaut Puccini
Andante aus dem Violinkonzert D-dur Mozart
Solist: Kapellmeister Dolzel

Wir haben den Vertrieb der

Sinnerischen Rur- und Kindermilch

übernommen. / Bestellungen zum Preise von 55 Pfg.
je Liter excl. Glas werden von sämtlichen uns
angeschlossenen 80 Mitgliedern der Karlsruher
Milchhändlergenossenschaft entgegengenommen

Milchzentrale Karlsruhe

G. m. b. H. Lauterbergstraße 3

Ältestes milchwirtschaftliches Unternehmen
in Karlsruhe

Vorsicht — Damen

bei Einkauf von Korsett-Ersatz.
Warum das — Risiko — eines Bezuges von außerhalb?
Sie finden die besten Spezialitäten auf diesem Gebiete hier und haben den
Vorteil der Anprobe

für Hängeleib

für operiert. Leib

für starke Damen

für Umstandsformen

eignen sich in vollendetster Weise meine Spezialartikel:

Reca — Recaleibbinde — Herapürtel — Kalasiris

seit Jahren bewährt und ärztlich empfohlen!

Büstenhalter, Leibchen, Hüftgürtel, Strumpfhaltgürtel
erstklassig in Sitz und Material.

Reformhaus NEUBERT Amalienstraße 25
Eingang Waldstr.

Südstadt-Markthalle

Ecke Baumeister- und Marienstraße

Täglich Zufuhr in

Obst und Gemüse

aller Art

zu Markt-Preisen

Ebenso Eier, Butter usw.
Weine in bekannten Marken
offen und in Flaschen

ECHTER Bienen Honig

Pflanzl. wohlschmeckend

CARL + ROTH

PROCEDE

Photos

für Pass- und
Offiziers-
sofort u. billig

Atelier
Ranich & Pfeifer
Erbprinzstraße
am Rondellplatz

Wanzentod

zur Selbstverteilung
steher wirkend, zu
bei Friedr. Springen
Karlsruhe

Markgrafenstr. 52

Wäscherei
Wäschefabrik
Schorpp

Wasch- und Bügel-Preise

für ab 19. Juli ein-
gegangene Aufträge
bedeutend

herabgesetzt!

Abholen und Zustellen Telephon 725

Die Frau, die heimlich grüßte . . .

Ein Bild aus der Berliner Gesellschaft.
Roman
von
Paul Rosenhahn.

(26) (Nachdruck verboten.)

„Wer ist Frau Mühlensfordt?“ fragte Jens Jalant.

„Sie ist eine Bekannte Könnweds.“

„Ich sah zweimal deinen Vater und auch dich selbst in einem Auto des Polizeipräsidenten fahren, was hat das zu bedeuten?“

„Sie suchte die Aaheln. „Darüber kann nur eine Auskunft geben — Frau Mühlensfordt.“

„Wo wohnt sie?“

„Ich weiß es nicht — ich habe sie in meinem ganzen Leben zweimal gesehen.“

„Das Haus in Kopenhagen, in dem Erich Heinemann tot aufgefunden wurde, ist sein Eigentum.“

„Ich las es. Er hat mir nie davon gesprochen, daß er ein Haus in Kopenhagen hatte.“

„Er sah sie an, und ein tiefes Rot ging über sein Gesicht, als er leise, fast flüsternd, fragte: „Wie kommt es, Daisyn, daß du mir an jenem Tage, du weißt schon, welchen ich meine, — beim erstenmal, da wir uns sahen, nach dem Lüthowplatz gefolgt bist?“

„Nun ging auch über Daisyns Gesicht ein purpurnes Rot. Und fast noch leiser als er, sagte sie stotternd und wie nach Worten suchend: „Du glaubst, Jens, du habest an jenem Tage eine Eroberung gemacht, nicht wahr?“

„Er sah sie verständnislos an.“

„Sie lächelte ein klein wenig. „In Wirklichkeit kannte ich dich längst, wußte längst, daß du Jens Jalant warst. Und — heute darf ich es dir ja sagen — liebe dich seit langem.“

„Und Erich . . . dein Verlobter?“

„Sie sah zu Boden.“

„Ich sagte, ich hätte dich seit langem geliebt. Das ist eigentlich nicht ganz richtig. Ich bemitleidete dich.“

„Daisyn?“

„Ich wußte, daß ein ungeheurer Betrug an dir verübt werden sollte. Du redest mich an — ich folgte dir, denn ich sah eine Möglichkeit, dich im Laufe der Dinge zu warnen.“

„Du sprichst von einem Betrug. Was für ein Betrug ist das? Und wer sollte ihn verüben?“

„Erich Heinemann . . . und . . .“

„Dein Vater?“ fragte Jens atemlos.

„Sie antwortete nicht.“

„Um was wollte man mich betrügen?“

„Sie öffnete den Mund; dann schüttelte sie plötzlich den Kopf.“

„Willst du mit mir nach New York fahren? Die Schiffsbillette ab Hamburg sind verlängert. Bist du?“

„Ja, Daisyn“, sagte er mit einem glücklichen Lächeln, indem er sie in die Arme schloß.

„Ich werde meinem Vater sagen, daß mir einig sind — und er wird mich nicht hindern können.“

„Dein Vater“, wiederholte er, „sage mir — wer ist dein Vater?“

„Weißt du das wirklich nicht? Bist du keine Zeitung?“

„Doch!“

„Hast du die Zeitungsnachrichten über den Ankauf von Spitzbergen durch ein amerikanisches Konjortium gelesen?“

„Natürlich habe ich darüber gelesen“, sagte er mit dem plötzlich erwachenden Interesse des Technikers. „Ich kenne jede Phase der Unterhandlungen. Man hat auf Spitzbergen Kohlen gefunden, und das ganze Land ist an dem amerikanischen Kohlenruhr veräußert worden. Der Truistpräsident hat den Kauf abgeschlossen.“

„Sie nickte anerkennend. „Kannst du dich zufällig erinnern, wie der Truistpräsident hieß?“

„James Macdonald“, sagte er, während seine Augen groß und weit wurden. „Du bist die Tochter des Kohlenruhrpräsidenten?“

„Ja, ich bin seine Tochter.“

„Ja Gott!“ — er legte die Hand auf die Stirn — „ich glaube, ich fange an zu begreifen.“

„Daher das Interesse meines Vaters für meine Erfindung; der Kohlenruhr hatte nämlich allen Grund, eine Maschine, die die Welt von der Kohle unabhängig machen wird, in seine Hände zu bekommen. Aber Erich Heinemann . . . was für eine Rolle spielte er bei der ganzen Angelegenheit?“

„Nun . . . du entfindest dich vielleicht, daß man dir bereits einmal vor einem Jahre ein Kaufangebot gemacht hat. Du hast es abgelehnt, denn du wolltest die Erfindung nicht aus der Hand geben, sondern sie nur in Gemeinschaft mit dem Käufer ausnutzen. Dieses Angebot war von meinem Vater ausgegangen. Da du es ausgeschlagen hastest, mußte er auf andere Mittel und Wege fassen, um zu seinem Ziel zu gelangen. Da meldete sich eines Tages Erich Heinemann, der von den Zielen des Truistes durch Zufall unterrichtet war. Er erklärte meinem Vater, daß er dich kenne; und mein Vater sicherte ihm meine Hand zu, wenn es ihm gelingen würde, dem Kohlenruhr deine Maschine auszuliefern. Begreifst du das?“

„Mein Gott — ja. Aber wer um alles in der Welt hat meine Schulden bezahlt? Dein Vater hatte ein Interesse daran, mich in Schulden zu wissen. Denn je größer meine Verlegenheiten, desto besser waren die Aussichten, daß ich ihm doch eines Tages meine Maschine verkaufen würde. Weder er noch Heinemann können diejenigen sein, die meine Verbindlichkeiten reguliert haben. Und einen anderen wüßte ich beim besten Willen nicht.“

„Sie lächelte. „Wirklich nicht?“

„Er sah ihr ins Gesicht und stredte unwillkürlich die Hand nach ihr aus. „Du?“

„Du selbst sagst: je größer deine Verlegenheiten, desto eher die Möglichkeit, daß du deine Erfindung doch verkauft hättest. Das wollte ich verhindern — dich unabhängig machen von kleinen Sorgen!“

„Er antwortete nicht. Eine tiefe Stille lag über dem kleinen Zimmer. Die beiden sahen einander stumm an. Und in diesem Augenblick sah Jalant etwas Seltsames: er sah den Schatten, der groß und drohend an seiner Seite stand, der mit ihm gegangen war im hellen Sonnenlicht und

im schwachen Nebel, diese schwarze hohe Wand sah er langsam in ein Nichts auflösen.“

„Ja“, sagte er, indem er tief aufatmete. „Ich werde mit dir gehen. Ich werde dich begleiten, meine Deimat, aus der du gekommen bist, weil du zu mir gehörst und ich zu dir. Aber ich werde dieses Land nicht verlassen, ehe der Waid von Erich Heinemann ausgeffärt ist. Kannst du das verstehen?“

„Ihm war, als ob ein Erblassen über ihr Gesicht ging. Sie senkte die Wimpern, und kaum hörbar sagte sie, indem sie sich zum Gebirge wandte: „Ja Jens. Ich kann dich verstehen.“

*

Der Polizeipräsident hatte seinen guten Abend. Er hatte bereits 84 Mark gewonnen. So war es kein Wunder, daß die Bridgepartie unermüdlich weiter ging. Denn die Berliner festen das Spiel fort, um den Verlust wieder hereinzuholen — der Gewinner aber spielte weiter, weil er in einer Glücksstunde war.

Die vier Spieler saßen in einem kleinen Clubzimmer des Hotels Harmonia, in das niemand gekommen war, als von Zeit zu Zeit ein gammeltölpelhafter Kellner, der mit einem Bild feinstellte, um das Befehlende zu ergänzen.

Eben stellte er eine neue Flasche Cederwasser auf den Tisch und dazu vier kleine Flaschen Mineralwasser und schwebte unhörbar davon. Der Präsident, der ihm gedankenvoll nachschaute, sah plötzlich, daß der Kellner einen der Hüte vom Ständer nahm und sich aufschickte, mit zu verschwinden.

„Entschuldigen Sie mich einen Augenblick, meine Herren.“ Der Präsident, der berufsmäßig gewohnt war, sich zu beherrsigen, sprach die Worte in einem leichtem entschuldigenden Ton. Er legte die Karten nieder und eilte dem Kellner nach.

Draußen auf dem Korridor hofte er sich ein. „Mensch was wollen Sie mit meinem Hut?“

„Verzeihung, Herr Präsident!“ — der Kellner dienerte ängstlich und wies nach der kleinen Handkoffer — „Herr Inspektor Kranke hat ihn verlangt . . . ich wollte Sie nicht hören.“

(Fortsetzung folgt)

Aus dem Stadtkreise

Die Rückkehr der Karlsruher Feuerwehrcapelle aus Basel.

Zahlreich hatte sich das Publikum am Montagabend eingefunden und das gesamte Korps hatte am Bahnhof Aufstellung genommen, um ihrer Kapelle das Geleit zu geben. Gegen 10 Uhr trat der Zug mit ca. 30 Minuten Verspätung ein. Auf dem Bahnsteig hatten sich 2. Kommandant Daler, die Adjutanten Schönherr und Porz, sowie der Ehrenpräsident der Kapelle, der frühere Adjutant Schumann, eingefunden. Die geschmückten Musiker begaben sich an den Ausgang, wo die Sänger des Kreisverbandes Aufstellung genommen und ein Lied zum Fortzug brachten. Ferner intonierten der Musikverein Konfordia sowie der Musikverein Karlsruhe ein Begrüßungslied.

Der 2. Kommandant Daler begrüßte die Kapelle und überreichte dem Dirigenten Direktor Frazang einen Vorbeerfranz und Herrn Schönherr einen prächtigen Strauß. Herr Schönherr dankte für die der Kapelle erwiesene Aufmerksamkeit. Nun setzte sich der Zug in Bewegung, woran die Spielleute des Korps, dann eine Musikpelle; ein 4spänniger Wagen mit Herrn Frazang, 2. Kommandant Daler und Adjutant Schönherr. Im Zweifspanner saß der Korpsführer König, Adjutant Porz und der Ehrenpräsident der Kapelle Schumann, dann folgte die Kapelle des Musikvereins. Der Zug bewegte sich durch die Neue Bahnhofstraße, Karlsruher, Kaiserstraße, Kammerstraße und Hebelstraße nach dem Goldenen Acker.

Hier sprach das Mitglied der Kapelle Herr Schönherr über den Verlauf des internationalen Musikfestes in Basel. Direktor Frazang wurde ein Delikatessenkorb überreicht. Adjutant Porz verbeugte sich über die Baseler Eindrücke. In schöner Weise schilderte er, was in Basel geschehen wurde. Im Anschluß hieran überreichte Herr Porz Herrn Frazang eine besondere Gabe. Auch gedachte er des Korpsführers König. Ganz besonderen Beifall fand das Deutschlandlied. Direktor Frazang hat mit seiner Kapelle in Basel einen Erfolg errungen und das Korps ist stolz auf seine Kapelle. Oberkommandant Heuber hatte ein Telegramm geschickt. — a.

Karlsruher Schwurgericht.

1 Jahr Zuchthaus für Meineid.

dz. Karlsruhe, 19. Juli. In der heutigen Nachmittags-Sitzung des Schwurgerichtes hatte sich das seit 1 1/2 Monaten in Untersuchungshaft sitzende, jetzt 20jährige Dienstmädchen Berta Dier aus Steinbach unter der Auflage des Meineides zu verantworten, dessen sie sich am 14. August v. J. vor dem Amtsgericht Baden-Baden in einem Unterhaltungsprozeß wegen ihres im vorigen Jahre geborenen Kindes schuldig gemacht haben soll. Die Aufnahme ergebe, daß damals das Mädchen objektiv die Unwahrheit gesagt hatte. Der Staatsanwalt beantragte wegen Meineides die mindest zulässige Strafe von einem Jahr Zuchthaus, empfahl aber, nicht darüber hinauszugehen. Der Verteidiger plädierte auf Freispruch. Das Schwurgericht verurteilte die Angeklagte zu 1 Jahr Zuchthaus, 2 Jahre Ehrverlust und dauernde Unfähigkeit als Zeuge und Sachverständige. Drei Monate der erlassenen Untersuchungshaft wurden auf die Strafe angerechnet.

Wegen Beleidigung der Regierung verurteilt.

dz. Karlsruhe, 20. Juli. Die heutige und letzte Verhandlung der diesmaligen Schwurgerichtsperiode richtete sich gegen den 30 Jahre alten Kaufmann Walter Weich und den 30jährigen Redakteur Ludwig Wilhelm Roth, die der öffentlichen Beleidigung der badischen Staatsregierung, des badischen Staatsministeriums, sowie badischer Staatsbeamten angeklagt sind, begangen durch die Veröffentlichung eines unter „Stimmen aus dem Publikum“ in der Nummer der „Badischen Zeitung“ vom 1. Februar d. J. erschienenen Artikels „Nachlässe zur Reichsgründungsfeier“. In diesem Artikel hieß es: „Es drängt sich die Frage auf, 1. ob Männer, die 1918 an der Revolution stark interessiert waren und durch ihre Mitwirkung an der Entlohnung und Zerstückung unseres Heeres und Vaterlandes dem Feinde indirekt Vorkriegsdienste geleistet haben, bei einer Reichsgründungsfeier, die das große Werk Womars zum Gegenstand hat, überhaupt etwas zu suchen haben; 2. ob man Andersdenkenden zumuten kann, sich mit solchen Leuten, noch dazu wenn sie — leider — in hohen Stellen der Regierung sitzen, zusammenzusetzen und ob es dann nicht vielmehr eine Selbstverleumdung ist, wenn man sich mit Abkömmlingen dieser und lieber ganz auf eine Teilnahme an der „Nationalfeier“ verweigert.“

Weich ist als Verfasser und Einsender des Artikels angeklagt, Roth als Stellvertreter und verantwortlicher Redakteur. Der verantwortliche Redakteur Teuber ist von der Anklage ausgeschlossen, weil er den Einsender und

Verfasser namhaft gemacht hat. Beide Angeklagte sind nicht vorbestraft. Der Straf Antrag ist gestellt von der badischen Regierung und von den einzelnen Mitgliedern des badischen Staatsministeriums.

In seiner Anklagebeurteilung betont der Oberstaatsanwalt, es handle sich hierbei nicht um eine „Entgleisung“, wie es die Befragten darstellen möchten, sondern um eine schwere Beleidigung, die noch um so schwerer wiege, als sie gegen die eigene Regierung erhoben werde, der man im ersten Abzug, — wenn auch in Form der Fragestellung — sogar Landesverrat vorwerfe, um Beleidigungen allerhöchster Art, die gemeint seien, die Betroffenen in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen.

Rechtsanwalt Ziegler geht auf die politische Seite ein. Die Angeklagten hätten bei dem Artikel gar nicht die badische Regierung im Auge gehabt und für das Gegenteil sei ein Beweis nicht erbracht. Zu prüfen sei, ob nicht § 193 doch Platz zu greifen habe. Sein Antrag geht in erster Linie auf Freispruch, im andern Falle aber auf weitestgehende Anerkennung, mildernder Umstände.

Nachdem die Angeklagten nochmals darauf hingewiesen hatten, daß sie keine Beleidigung beabsichtigt und die badische Regierung nicht mit dem Artikel gemeint hätten, nicht nach dem Gericht zur Verurteilung zurück und erscheint nach 1 1/2 Stunden wieder zur

Verurteilung des Urteils.

Beide Angeklagte werden wegen schwerer Beleidigung verurteilt, und zwar Weich zu fünf Monaten, Roth zu zwei Monaten Gefängnis und den Kosten des Verfahrens.

In der Begründung führte der Vorsitzende Weich aus, das Gericht habe nicht den geringsten Zweifel, daß der Artikel die badische Regierung treffen sollte, daß die Beleidigung vorsätzlich und bewußt erfolgt sei. Vor solch schweren Vorwürfen müsse die Regierung und ihre Autorität durch empfindliche Bestrafung geschützt werden. Der Artikel werfe ihr indirekt sogar Landesverrat vor und wolle im übrigen die Minderheit ausbreiten. Weich müsse sich der Tragweite vollumfänglich bewußt gewesen sein und hätte die erforderliche Selbstbeherrschung beobachten müssen. Auch im politischen Kampf müßten die guten Sitten gewahrt werden. Die politische Auffassung stehe jedem frei, aber auch dem politischen Gegner dürfe die Meinung nicht verächtlich werden, die jeder für sich selbst beanspruche. Die Staatsregierung habe Anspruch darauf, in ihrer Autorität geschützt zu werden und dürfe nicht ungestraft in unverantwortlicher Weise mit der schwersten Anwürfung beschimpft werden. Bei Roth sei zu berücksichtigen, daß er in seinem Beruf erst seit kurzer Zeit tätig sei und sich offenbar darin noch nicht so recht zurechtgefunden habe. § 193 könne angesichts der klaren Sachlage nicht angewendet werden.

Mit einem Dank an die Geschworenen schloß der Vorsitzende die Schwurgerichtssitzung.

Wegende deutsche Postkarten.

Die deutschen Postkarten, die bisher auf der links abgeteilten Vorderseite nur den Vordruck „Abender“ trugen, bekommen jetzt den erweiterten Vordruck: „Wohnort... Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Stadtwerk, um den Abender zu veranlassen, seine Adresse recht genau zu vermerken.“

Bahnpostkarten berechnen nur zum Betreten des Bahnsteiges. Die Reichsbahnverwaltung teilt mit, in den letzten Tagen ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß Personen, die nur Besitz von Bahnpostkarten waren, in den Bahnpostämtern angetroffen wurden, um sie für ihre Angehörigen freizuhalten. Die Bahnpostkarten sind für die Bahnpostämter im Besitz der Reichsbahnverwaltung, die Bahnpostkarten berechnen, die Bahnpostkarte, nur zum Betreten des Bahnsteiges. Jeder, der in einem Bahnpostamt nur mit Bahnpostkarte angetroffen wird, wird bestraft.

Nach einer unbekannten deutsche seltene Marke. Man hat seitdem Kenntnis über die 1/4 Mark Gedenkpostkarte des Wasserzeichenpapier der württembergischen Postverwaltung. Nun stellt sich heraus, daß es die alle 3. — des Deutschen Reiches, sondern Wasserzeichenpapier abt. Sie ist während des Krieges auf Papier mit Nitroglycerin verfertigt. Sammler tun gut, ihre Vorräte einmal danach durchzugehen, es lohnt sich.

Tagung der deutschen Handwerks- und Gewerbevereine. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeverband, die gesellige Spitzenvereine der 88 deutschen Handwerks- und Gewerbevereine, tritt am 12. und 13. August d. J. in Karlsruhe zur diesjährigen Vertreterversammlung zusammen. Reichsfunktionär Dr. Schönbauer hat hierzu einen Vortrag über „Die wachsende Bedeutung des deutschen Handwerks“ gehalten. Neben der Erörterung von Fragen der Hauptversammlung in der Hauptversammlung der beabsichtigten Novelle zur Gewerbeordnung behandelt.

Chronik der Vereine.

Reiterverein. Herrlicher Sonnenschein begleitete die circa 300 Köpfe zählende jugendliche Schar, die sich am 19. d. M. in der Festung des B.N.B. beteiligte. Die überaus große Teilnahme von Kindern zeigte dem Verein von neuem, daß er mit der Abhaltung solcher Veranstaltungen nicht nur die eigenen Mitglieder, sondern die Bewohner des ganzen Stadtbezirks begeistern konnte, die durch Plagen der Häuser und Zwerger von Rosen und Blumen dem Ganzen ein festliches Gepräge geben. Unter Vorantritt von Trommeln und Begleitung von zwei Musikpellen zogen die Kinder in wohlgeordneten Reihen mit bunten Bändern und Fahnen geschmückt durch die Straßen Reiterheims nach dem hinteren Hauptbahnhof gelegenen Sportplatz. Erfreulich beteiligten sich am Karo die von Vereinen und Einzelpersonen gestellten 20 Gewinne, die meistherlich zusammengestellt, große Bewunderung und allseitigen Beifall hervorriefen. Die Preisrichter, die die fünf schönsten Gruppen feststellen hatten, waren vor eine schwierige Aufgabe gestellt. Mit Breiten wurden bedacht die „Rosenkönigin“ mit ihren stimmungsvollen gekleideten Vereinen, das „Reiterheims-Hochzeitsspiel aus der guten alten Zeit“, das „Sonnenschein“, das manches „ach“ der Kinderherzen hervorgerufen, „Liedlang“ mit seiner lebendigen sonnenerhellten Jugend, das „liebliche Dornröschen“ mit dem Königskind, der „Reiter“ mit den frohgelächelten Wägen und Reiterträgern, der typische und oft ausfällige „Eisener“, das geteilt auf einer mit Toren versehenen Sportplatzanlage, erweckte manche Erinnerungen aus heißen Kämpfen. Weiter sind noch besonders zu erwähnen das „Kind am Bach“, der „Schulermagen“, das „Schwarzmaldbühl“ und das „Lustspiel Nore“. Auf dem Platz herrschte bald reges Leben, wo insbesondere die Kinder durch Reigen, Wettlaufen, Eierstichlauf und Seipel-Spielen das Publikum reichlich Abwechslung geboten wurde. Alles in allem ein glänzend gelungenes Fest, das in seiner Großartigkeit nur durch die Verdienste der Vereine und Einzelpersonen und die Unterstützung des Herrn Kreuzevieler durchgeführt werden konnte.

Veranstaltungen.

„Laut und eine Nacht“ lautet das Motto der am nächsten Samstag, dem 24. Juli, nachmittags 4 Uhr im Stadtpark stattfindenden Veranstaltung. Das Zeit trägt orientalischen Charakter und bietet den Kindern bei der Entfaltung der dem Orientale eigenen Darstellung eine Fülle des Schönen und Spannenden. Verschiedene Gruppen orientalisches Volkstümliche werden an den entzückten Ausdrücken vorbeiziehen und ihnen die Gestalten vor Augen führen, die ihnen aus dem reichen Märchenlande der orientalischen Sage vertraut geworden sind. Die Eltern geben ihnen in die Ferien gehenden Kindern eine der schönsten Erinnerungen aus dem Stadtpark mit auf den Weg, und es ist deshalb zu wünschen, daß diese Veranstaltung gerade aus Schulfestlichkeiten veranlaßt wird. Samstags Eingänge sind geöffnet, um den vornehmlich großen Zutrom der Besucher mühelos bewältigen zu können. (Siehe die Anzeigen.)

Koncert im Colosseum-Garten. Heute Mittwochabend 8 Uhr gibt der Musikverein Harmonie unter Leitung des Herrn Hugo Rudolph das 1. Garten-Koncert im Colosseum-Garten. Das Orchester bietet ein reiches Programm. Es wird kein Eintrittsgeld erhoben.

Kaufe Baner. Auf das heutige Konzertsonntags, das letzte vor Schließung der oberen Festlichkeiten, wird aufmerksam gemacht. (Siehe die Anzeigen.)

Schützengesellschaft Karlsruhe von 1721. Zu der Ankündigung der Veranstaltungen während des diesjährigen Königstages wird uns mitgeteilt, daß mit Rücksicht auf die hauptsächlich unerschöpflich vorhandene Schützenhalle alle für Ende Juli vorgesehenen Anordnungen zurückgezogen werden mußten. — Des Königstages ist nunmehr auf Anfang Oktober verlegt und wird drei Tage in Anspruch nehmen. Gleichzeitig werden Veranstaltungen des Münchener Oberreiches mit ihren Einrichtungen nach Karlsruhe überföhrt und die Woche mit einem „Original-Münchener-Oberreich“ ausfüllen. — Die Programme werden feinerzeit durch Anzeigen bekanntgegeben.

Berbeausstellung für das Buchdruckgewerbe.

Der Bezirksmandantenmeister-Verein Karlsruhe im Verband der Deutschen Buchdrucker veranlaßt vom 24. Juli bis 8. August in der Landesgewerbehalle anläßlich des ersten badischen Druckerfestes eine bemerkenswerte Ausstellung, die sich des weitestgehenden Interesses erfreuen dürfte. Die Ausstellung wird dem Laien wie dem Fachmann einen Einblick geben in den hohen Stand der jetzigen Buchdruckerei, vor allem im Buch-, Tief- und Offsetdruck. Die Ausstellung wird auch eine Reihe von Druckmaschinen während der Ausstellung im Betrieb zeigen. Da sie belehrenden und gemeinnützigen Zwecken dienlich, wird von der Erhebung eines Eintrittsgeldes abgesehen. Sie wird besichtigt von den ersten Karlsruher Druckern. Sie soll aber auch der Geschäftswelt die hohe Leistungsfähigkeit des heutigen graphischen Gewerbes vor Augen führen. Des weiteren hat sich eine größere Anzahl von deutschen Schriftgießereien, Maschinen-, Papier- und Farbenfabriken mit ihren Erzeugnissen zur Verfügung gestellt.

Im zweiten Stock des Landesgewerbeamtes findet zugleich eine Wiedereröffnung der Ausstellung für Reproduktionstechnik und Illustrations-Druckverfahren statt. Diese Ausstellung ergänzt in sehr erfreulicher Weise die Buchdruckausstellung. Die gesamte Ausstellung ist am Sonntag von 11—1 Uhr und 2—4 Uhr, werktätig, außer Montags, von 10—11 Uhr, von 3—7 Uhr für das Publikum geöffnet. Montags ist die Ausstellung geschlossen. Es steht wohl außer Zweifel, daß die Ausstellung mit ihrer mannigfachen Aufklärung den weitesten Kreisen sehr erwünscht sein und Gelegenheit geben wird, einen interessanten Gewerbeausflug eigener Anschauung in gründlicher Weise kennen zu lernen.

Der Wiener Schubert-Bund in Karlsruhe.

Das Festbankett.

Nach dem glänzenden und außergewöhnlich eindrucksvollen Konzert in der Festhalle blieben die Wiener Sänger mit ihren Freunden vom Karlsruher Niederfranz und vielen anderen Verehrern zusammen, um noch einige gemütliche Stunden zu verleben.

Unter den Ehrengästen bemerkte man Staatspräsident Trunk, Oberbürgermeister Dr. Finter, Generalkonful Menzinger, den Obmann des Badischen Sängerbundes, Dr. Meßger-Freiburg, und viele andere.

Die Hauskapelle des Karlsruher Niederfranz spielte flotte Weisen. Direktor Vollmer führte in seiner Ansprache u. a. aus: Wir stehen alle noch unter dem Eindruck des eben Gehörten. Was der Schubertbund uns geboten hat, ward zum Erlebnis. Wir haben dem prachtvollen Stimmenmaterial des Chorkörpers gelauscht, der die Gesänge in wunderbarer Reinheit und seltener Vollendung vor uns erschallen ließ. Kein Wunder, daß der Beifall fast kein Ende finden wollte. Ich begrüße alle Gäste herzlich; sogar aus Berlin und aus Basel sind Sangesfreunde hierher gekommen, um den Schubertbund zu hören. Das deutsche Lied kennt keine Grenzschlechte. 1928 werden alle deutschen Männergesangsvereine sich in Wien vereinigen zu einer machtvollen Kundgebung für das deutsche Lied. Der Niederfranz erneuert den Vorsitzenden des Wiener Schubertbundes, Schulrat Soefer, den Dirigenten Prof. Keldorfer und den Kammermusikdirektor Herrn Hilb, zu Ehrenmitgliedern.

Direktor Vollmer überreichte dann außer den Ehrenurkunden eine Radierung des Marktplatzes für das Heim des Schubertbundes. Der Karlsruher Niederfranz hatte sich inzwischen auf dem Podium eingefunden und brachte im Anschluß an die Rede seines Vorsitzenden ein Singspiel aus. Unter stürmlichem Beifall der Gäste sang der Niederfranz dann unter Leitung seines Chorleiters Hofmann den „Wahlpruch der Deutschen“ von Keldorfer und das Morgenlied von Sud.

Staatspräsident Trunk hieß die Wiener Gäste herzlich willkommen. Wir grüßen Sie nicht nur, weil wir in Ihnen Freunde sehen, wir grüßen Sie als Brüder, in der Ueberzeugung, daß wir alle Kinder derselben Mutter sind. Unsere Beziehungen sind so innig und so hart, daß sie langer Reden nicht bedürfen. Ehrenvoll haben unsere Väter das Völkerringen beherrscht und haben sich nachher in der Arbeit wieder gefunden. Unsere Gefühle seien in der Zukunft wie Ihr Lied und wie die Musik Schuberts: unermesslich, schmiegsam und harmonisch. So mögen wir uns verstehen, heute und später, wenn wir noch inniger zusammengeschlossen sind. Das Deutschland lebe hoch!

Begeistert stimmten alle Anwesenden in das Hoch ein. Dann wurden heftig die ersten beiden Strophen des Deutschlandliedes gesungen.

Oberbürgermeister Dr. Finter überbrachte die Grüße der Stadt. Selten haben wir das Deutschlandlied mit solcher Begeisterung gesungen. Wir legen unsere Hände über den Brust aus Wien hinein. Die ganze Stadt erwidert Ihnen ein herzlich Willkommen! Nicht ist uns der Anblick alles Herrlichen, was die deutsche Seele je hat erlösen lassen. Das alte und ewige Wien lebe hoch!

Nachdem das Hoch verklungen war, dankte Generalkonful Menzinger für die Begrüßungen. Es sei ihm eine besondere Freude, festzustellen, wie Wiener und Badener harmonisieren.

Der Obmann des Badischen Sängerbundes, Dr. Meßger, dankte den Wiener Sängern für ihren Dienst am deutschen Lied. Er bringe den Gruß der 50000 badischen Sänger an die Brüder aus Wien. Der Redner sang dann das Lob Wiens und Schuberts unter Einleitung von Niederfranz.

Der Vorsitzende der Karlsruher Sängervereinigung, Herr Lehner, gab der Freude der Karlsruher Sängerkund, den Schubertbund hier zu haben. Er überreichte eine sehr schöne Majolikahalle aus der Großherzoglichen Manufaktur.

Der Vorsitzende des Wiener Schubertbundes, Schulrat Soefer, dankte für die Ehrungen und führte u. a. aus: Wir sind überwältigt von den herrlichen Eindrücken, die wir hier in Karlsruhe gewonnen haben. Karlsruhe erweist uns als eine herrliche Stadt mit prachtvollen Menschen. Nichts ist so gemalt, wie die Anschauung der Werke des Landes; sie will, daß Deutsche sich wieder an Deutschen finden. Eine solche Arbeitsgemeinschaft bilden die Sängervereine lange, und ihre Einigung, die sich 1868 vollzog, hat sogar den Bruderkrieg von 1866 überdauert. Ich glaube an die Macht des deutschen Volkes. Herr Soefer überreichte dann dem Niederfranz ein Relief Schuberts. Bis spät blieben die Gäste noch beisammen.

Tagesanzeiger

Man beachte die Anzeigen!

Mittwoch, den 21. Juli.

Stadtpark: Nachmittags 4—6 Uhr Konzert. Reizend-Schützeler: „Kampf ums rote Gold“. Montags bei den Kammermusikern: „Der verlobte Gerichtsbeamte“.

Colosseum-Garten: 1. Großes Konzert der Harmonie-Kapelle. Abends 8 Uhr.

Kaufe Baner: Abends 8 1/2 Uhr: Großes Konzert.

Geschäftliche Mitteilungen.

Kurs und Andernitz. Auf Grund einer mit der Firma Sinner & Co. in Gellwinteln getroffenen Vereinbarung übernimmt die Milagentrale Karlsruhe G. m. b. H., Bonckerstraße 8, mit dem 1. August den Betrieb der Sinner'schen Kurs- und Andernitz in Originalschloßen. Der Bezug von Kurs- und Andernitz ist damit für jede Dauerfrist veranlaßt, da sie durch jeden der Milagentrale angeschlossenen 80 Milchhändler Kurs und Andernitz beziehen kann. Die Firma Sinner bürgt dafür, daß nur einwandfreie Milch, die von geeigneten, unter beaufsichtiger Kontrolle stehenden Kühen gewonnen ist, in den Verkehr kommt. Es ist damit einem Bedürfnis jener Kreise der Bevölkerung Rechnung getragen, die für bestimmte Zwecke Kurs und Andernitz benötigen.

INDUSTRIE- UND HANDELS-ZEITUNG

Die Wirtschaftslage in Oesterreich.

Die Entwicklung der Verhältnisse in der österreichischen Wirtschaft hat, und am Wiener Effektenmarkt, insbesondere die Veröffentlichung der Goldbilanzen der führenden Unternehmungen und im Ausland, hauptsächlich in England und Amerika, ständig steigende Beachtung. Die österreichischen Großbanken haben ihre Bilanzen veröffentlicht, und wenn auch der erhebliche Kapitalverlust gegenüber der Vorkriegszeit auffiel, so hat eine nähere Betrachtung der Goldbilanzen doch gezeigt, daß man äußerst vorsichtig zu Werke gegangen ist und die Kapitalien deshalb in der Wirtschaft vorhanden weit größeren Umfangs als in der Vorkriegszeit sind. Die Bilanzierung der Wirtschaft, eine relativ günstige Bilanzierung herauszuwickeln vermag. Wenn für das Geschäftsjahr 1925, das im Zeichen einer Krise stand, die österreichische Wirtschaft besonders schlimm aus der Krise stand, von den Großbanken bei einer bedeutenden Reservevermehrung von 14 bis 14 Prozent gezahlt werden konnten, so spricht dies deutlich dafür, daß in der Wirtschaft viel größere Kapitalien in den Unternehmen arbeiten, als sie im Vorjahr waren, und zwar zum Teil recht reichlich dotierten Reservefonds zuzurechnen. Auf der anderen Seite darf man nicht verkennen, daß der Geschäftserfolg der Wiener Banken gegenüber der Vorjahrsperiode sehr erschwert ist. Zinsen und Steuern durchweg einen weit größeren Teil des Lagererfolgs in Beschlag als früher. Hierzu kommt, daß von einzelnen Ausnahmen, wie beispielsweise der Kreditanstalt, abgesehen, die österreichischen Großbanken von ihrer früheren eigenartigen Domäne, nämlich den ertragreichen Interbanken in der Tschechoslowakei usw., in recht weit die baltische Versorgung dieser Industrie, an denen die österreichischen Großbanken ertragsreich sind, aber es bedarf kaum näherer Erörterung, daß eine sehr wichtige Gewinnquelle der Banken hat es eigentlich nur die Kreditanstalt verstanden, ihren Charakter als internationalen Institut zu wahren, vielleicht sogar über das Maß der Vorkriegszeit hinaus zu erhöhen. Die Verschlagung der alten Noten macht sich im übrigen bei den Goldbilanzen der großindustriellen Unternehmungen deutlich bemerkbar. Die Gesellschaften verfügen nicht mehr in gleichem Maße über ein einheitsgemäßes Geld, weil ein Teil der in den Nachkriegsjahren liegenden Unternehmungen nationalisiert ist, und sich daher einem gemeinsamen Produktionsprogramm nicht mehr in dem gleichen Maße wie früher einfügen kann. Auf der anderen Seite scheint gerade die Industrie verhältnismäßig wenig Substanzverluste erlitten zu haben. Während die Aktienkapitalien zumeist vermindert bemessen sind, als vor dem Kriege, haben bis zu 100 Prozent des Aktienkapitals ausgewiesen, daneben hat man auf eine innere Umwidmung gemacht, die sich auf eine leibliche Verknüpfung des Aktienkapitals und unter ungünstigen Konjunkturbedingungen bei Aufstellung der Bilanzen das gleiche Resultat zeigt hat. Bezeichnend für die Mentalität ist die Tatsache, daß selbst in den unangünstigen Jahre 1925 fast durchweg Substanzverluste erzielt wurden, in einer großen Anzahl von Fällen sogar in einer Höhe, die dem Substanzverlust entspricht oder ihn gelegentlich übersteigt. Sobald sich die Krisenverhältnisse in Oesterreich bessern — und es steht hierzu in verschiedenen Industrien, am Geldmarkt insbesondere, auch an der Effektenbörse nicht geringen Anzeichen — dürfte mit einer Erholung der Dividenden auf die gering bemessenen Aktienkapitalien für das Jahr 1926 zu rechnen sein. Auf diesem Wege wäre auch ein weiterer Kapitalzufluß aus dem Ausland an den Wiener Effektenmarkt und damit die österreichische Wirtschaft überhaupt zu ermöglichen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Bilanzstatistik des deutschen Aktienwesens.
 Die „Wirtschaft und Statistik“ bringt zum ersten Male eine zusammenhängende Reihe von Bilanzstatistiken über Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften. Diese Bilanzstatistiken beschränken sich im wesentlichen auf folgende Zusammenstellungen: Prozentuale Anteile an Eigen- und Fremdkapital an den arbeitenden Mitteln, Prozentanteile der dauernden Anteile der sonstigen Bestandteile am Fremdkapital, Anteil der Verhältnisse zwischen Eigen- und Fremdkapital im Vergleich zur Reichsmark, Bilanzabgrenzung, Zusammenrechnung des Kapitalwertes und der Bilanzergebnisse der Vorkriegszeit zu ihren Reichsmarkbilanzen, Dividendenverhältnisse usw.
 Die Bedeutung derartigen Statistiken für das deutsche Wirtschaftsleben läßt es wünschenswert erscheinen, daß sie den praktischen Bedürfnissen der Wirtschaft noch mehr angepaßt werden. Es ist auch nicht möglich, sie zu den eigenen Mitteln der „Wirtschaft und Statistik“ statistisch zu erweitern, so läßt sich doch die Bilanz jeder Aktiengesellschaft statistisch und kalkulatorisch so behandeln, wie die Aktiva in Anlagevermögen und Umlaufvermögen zerlegt und in prozentualen Verhältnissen dieser Werte dargestellt werden können. Eine solche Darstellung würde ohne weiteres ein wertvolles Mittel in der Bilanzierung sein, in welchem Verhältnis die auf dem Wege der Bilanzierung investierten Vermögenswerte des Unternehmens genügende Berücksichtigung, insbesondere Liquidität gewährleistet werden, ohne weiteres zu erkennen, wie sich das Verhältnis der Passiva durch die Bilanzierung zu den durch die Bilanzierung laufender Schulden verhalten.

Solche Bilanzstatistische Bilder wären für die Wirtschaftspraxis um so wertvoller, als sie die finanzielle Entwicklung des Unternehmens desto besser und unmittelbarer erkennen ließen, je öfter derartige Tabellen laufend veröffentlicht würden, so daß schließlich eine Reihe von Jahresergebnissen, in gleicher Weise bearbeitet und aneinandergereiht, vorliegen würde.
 Eine so beschaffene statistische Erfassung der finanziellen Entwicklung beim der jeweiligen Liquidität der Aktiengesellschaften würde auch ermöglichen, die Bilanzkontinuität in bezug auf die Frage gleichmäßiger Abschreibung vom Abschreibungswert (statt von Buchwert) und die Bemessungsgrundsätze für Waren und Wertpapierebestände statistisch darzustellen. Ebenso würden Verhältniszahlen der Bilanzergebnisse zum erzielten Umsatz (da, wo Umfahrsätze aus Geschäftsberichten erhältlich sind), im übrigen für je Mark 1000 Steuern, je Mark 1000 Zinsen, je Mark 1000 Generaluntkosten beim Verhältnis zu anderen, der Eigenart bestimmter Gewerbezweige entsprechenden Maßstäben, dem Interesse praktischer Konjunkturbeobachtung dienen.

Die Lage des badischen Arbeitsmarktes.

Der Arbeitsmarkt in Baden zeigt für die letzte Berichtzeit (8. bis 14. Juli) gegenüber der unmittelbar vorangegangenen Berichtsperiode ein wenig verändertes Bild. Der Grad des Rückgangs der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger unterschied sich nicht erheblich von dem für die letzte Berichtsperiode beobachtet; damals hat sich die Hauptunterstützungsempfängerzahl um 500, diesmal hat sie sich um 664 vermindert. Am 14. Juli wurden noch im Lande Baden 45 455 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Für die Beurteilung der Lage ist der Umstand wesentlich, daß diese Abnahme stark saisonbedingt ist; somit das Ausweichen der Gewerkschaften aus der Branche nicht etwa auf Grund von Aussteuerung, sondern auf dem Wege der Arbeitsvermittlung erfolgt, waren es hauptsächlich die Landwirtschaft, dann auch die Konsumindustrie und etwa auch das Baugewerbe, die sich zur Aufnahme Erwerbstätiger fähig erwiesen. Andererseits hat sich die Lage in der Textil- und Maschinenindustrie noch eher etwas verschärft.
 Wenn auch in kleinerem Umfang Neueinstellungen von Metallarbeitern in Industrie- und handwerkliche (vornehmlich Schmiedewerk- und Blechwerk-) Betriebe vorgenommen werden konnten, so ist andererseits weiterhin zu Betriebsänderungen in verschiedenen Branchen der Industrie festgestellt worden. Soweit sie zu Entlassungen beträchtlichen Umfangs führten, betrafen sie die Textil- und die Automobilindustrie. Einige elektrotechnische Firmen arbeiten verdrängt, hinan sind die Bruchstücke Signalbauwerke vollbeschäftigt. Für die Porzellan- und Schmelzwarenindustrie war eine Verschärfung der Arbeitsmarktlage, nachdem in der vorangegangenen Berichtszeit ein gewisses Absinken der Aufträge zu beobachten gewesen war, nicht wahrzunehmen, die vorhandene Nachfrage nach Humanelementen konnte befriedigt werden. In der Uhrenindustrie ist die Lage im allgemeinen unangünstig.
 Dies gilt insbesondere auch vom Spinnwebgewerbe. Eine große Baumwollspinnerei arbeitet mit Verfürgung, auch aus der Baumwollweberei und aus der Seidenweberei wird Kurzarbeiter gemeldet, andererseits wurden seitens einer Seidenweberei Arbeiterinnen und Arbeiterinnen angefordert.
 Auf dem Arbeitsmarkt der Papier- und Lederindustrie wurden keine nennenswerten Tendenzenveränderungen beobachtet. In der Holzindustrie hat eine größere Maßstabarbeit Kurzarbeiter und in der Holzindustrie eine größere Maßstabarbeit Kurzarbeiter und in der Holzindustrie eine größere Maßstabarbeit Kurzarbeiter.

Deutsch.

Die Vorgänge in Germersheim haben das Seidenhaus Eduard Polz in Darmstadt veranlaßt, seinem Sponsor Dieseranten folgenden Brief zu schreiben:
 Ich legen Ihnen einen Zeitungsbericht (Karlsruher Tagblatt) bei, der einen Vorfall betrifft, welcher sich in Germersheim zugetragen hat und bitte Sie, diese Nachricht einmal unparteiisch zu lesen. Sie müssen, wenn Sie neutral und ehrlich darüber urteilen wollen, zugeben, daß das Benehmen des französischen Militärs und namentlich der Offiziere geradezu skandalös gewesen ist. Ein anständiger Soldat benimmt sich nicht so, wie sich diese Herren auf deutschem Boden benommen haben und wenn die höhere militärische Behörde mit derartigen Vorkommnissen einverstanden ist, so ist das tief zu bedauern.
 Ich muß annehmen, daß die obere Militärbehörde von diesem unerhörten Vorfall Kenntnis bekommt. Man erwartet in Deutschland, daß diese ganz energig gegen die Schuldigen einschreiten wird.
 Zweck meines heutigen Briefes ist der, Ihnen zu sagen, daß ich solange nicht mehr französische Seidenstoffe und Spitzen einkaufen werde, bis ich Nachricht erhalten habe, daß dieses unerhörte Vorkommnis in der richtigen Weise geahndet wurde und die französische Militärbehörde die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen haben wird.
 Ich bedauere sehr, Ihnen dies mitteilen zu müssen, und ich werde nicht verfehlen, meinen Verbund entsprechend zu benachrichtigen. Die französischen Herren neben sich die größte Mähe, Waren nach Deutschland zu verkaufen, und zwar mit gutem Erfolg, da müssen wir in Deutschland auf der anderen Seite verlangen, daß die deutschen Bürger von französischem Militär unabhängig und menschenwürdig behandelt werden. Der Krieg ist zu Ende und zwar schon jahrelang, man sollte es jedoch nicht glauben, wenn man derartige Nachrichten liest. Die französische Nation nennt sich die „Grande Nation“ — wie ist das mit solchen Schikanen gegenüber harmlosen deutschen Bürgern, die ihre Taten durch einen Kranz ehren wollen, zu vereinbaren?
 Sie würden mir und vielen französischen Exportfirmen einen Gefallen erweisen, wenn Sie diesen Brief im Original entweder der obersten Militärbehörde oder der obersten Handelskammer in Paris zur Kenntnis senden wollten.
 Meine Einkäufe in Frankreich werden also so lange ruhen, bis den schändlich beleidigten deutschen Bürgern Genugtuung verschafft ist.

Die Banknotenzirkulation in Belgien nahm in der Woche vom 8. bis 15. Juli um 315 Millionen Franken auf 8046 Millionen Franken zu, ein Stand, der bisher noch nicht erreicht worden war. Die Vorkäufe der Bank an den Staat waren am 15. Juli auf 1 Milliarde Franken angewachsen.
Starkes Interesse im Ausland für die Leipziger Herbstmesse. Nach einer Mitteilung, die dem Leipziger Kommando von seiner ehrenamtlichen Vertretung in Buenos Aires zugegangen ist, kann man bereits jetzt sagen, daß sich für die bevorstehende Leipziger Herbstmesse ein starkes Interesse bemerkbar macht.
Die Leipziger Messe für Kino, Photo, Optik, Feinmechanik. Die Messe für Kino, Photo, Optik, Feinmechanik wird zur Leipziger Herbstmesse vom 2. August bis zum 4. September stattfinden, und zwar wieder in der Turnhalle am Franziskaner Tor. Bereits jetzt kann gesagt werden, daß die Besichtigung dieser Sondermesse aus allen Kreisen der Industrie und des Großhandels recht reichhaltig zu werden verspricht.
Rein Anfahrtszoll auf elektrische Energie. Die schweizerische Wasserwirtschaftskommission hat beschlossen, aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Erwägungen heraus einen Anfahrtszoll auf elektrische Energie einführen abzulehnen.
Abbruch der Verhandlungen über den Kauf der White Star Line. Dittell wird bekanntgegeben, daß angefaßt der gegenwärtigen Umstände und Bedingungen die Verhandlungen zwischen der International Mercantile Marine Company und der Morgan Grenfell Company über den Kauf der White Star Linie in gegenseitigem Einverständnis abgebrochen worden sind.
Alta-Notenwechsel A.G. Die Gesellschaft beruft nunmehr die angefaßte a. o. G. B. auf den 10. August ein mit der Tagesordnung: Aufhebung von Interessengemeinschaftsverträgen und Abschluß eines Aufsichtsvertrages mit der A. G. B. der Farbenindustrie.
Alta-Versicherungsbanken in Ludwigshafen a. Rh. Die drei „Alta“-Versicherungsbanken in Ludwigshafen a. Rh., die Lebensversicherungsbank „Neuer Alta“, die Allgemeine Versicherungsbank „Deutscher Alta“ und die Transport- und Rückversicherungsbank „Rheinischer Alta“ legen ihre Geschäftsberichte für 1927 vor. Danach betrug die Prämienentnahme des „Neuen Alta“ 1 894 000 M. gegenüber 1 150 000 M. im Vorjahre, die des „Deutschen Alta“ 1 581 000 M. gegenüber 819 000 M. im Vorjahre und die des „Rheinischen Alta“ 600 000 M. gegenüber 157 000 M. im Vorjahre. Die Gesamtergebnisse der Gesellschaften belaufen sich demgemäß auf über 4 Millionen gegenüber 2 1/2 Millionen im Vorjahre. Der Sterblichkeitsverkauf in der Lebensversicherung und auch der Schadenverkauf werden als günstig bezeichnet. Von der Annahme eines Ueberdusses und einer Dividendenverteilung an die Aktionäre wurde im Interesse der gerade heute besonders wichtigen inneren Stärkung der Banken abgesehen. Jedoch ist bei „Neuer Alta“ vor Abschluß der Rechnungen auszunutzen der in der Lebensversicherung mit Anbruch auf Gewinnbeteiligung Versicherer eine weitere Rückstellung beschließen, die es zusammen mit der Rückstellung des Vorjahres der Bank ermöglicht, für die Gewinnverteilung einen Gewinnzufluß von mindestens 25 Prozent in Aussicht zu nehmen. Das Aktienkapital der drei Banken beträgt unverändert 4 Millionen Reichsmark und die gesamten Sicherheitsmittel stellen sich zu Ende 1927 auf über 5 1/2 Millionen Reichsmark.

Unschiffahrt A.G. Friedrichshafen. Die G.B. genehmigte den Abschluß für 1928, der einen Verlust von rund 27 000 M. aufweist. Das neue Unschiff soll in erster Linie Propagandazwecken dienen.

Berkehr

Deutsch-österreichischer Güterverkehr.

Es ist wiederholt darüber Klage geführt worden, daß noch immer direkte internationale Tarife namentlich mit direkten Frachtlagen in den allerwenigsten Fällen bestehen. Einige Anläufe sind zwar gemacht worden. So wurde beispielsweise am 1. Dezember v. J. ein deutsch-österreichischer Ausnahmetarif zur Einführung gebracht, nach dem es möglich war, die Säcke gewicht bestimmten Verkehrsverbindungen für die Beförderung von der deutschen Versandstation bis zur ungünstigen österreichischen Empfangstation und umgekehrt zu ermäßigen. Dies bedeutet für die Versender insofern eine wesentliche Erleichterung, als bei Frankierungen der Sendungen die Frachten insgesamt direkt bei der Auslieferung des Gutes bezahlt werden können, während sonst eine nachträgliche Abrechnung stattfinden muß. Es handelt sich bei diesem Tarif allerdings um einen Wettbewerbs-tarif, also um einen Tarif, der billiger Säcke über Umwege, zum Teil durch fremde Länder, auf den normalen kürzeren Weg übernommen hat. Leider ist dieser Tarif Ende Juni d. J. wieder außer Kraft gesetzt worden. Seitdem bestehen die alten Verhältnisse. Die Frachtberechnung kann also nur von Bahn zu Bahn auf Grund der Binnentarife der an der Transportlinie beteiligten Länderbahnen erfolgen.
 Vom 1. Juli d. J. ab werden aber in deutsch-österreichischen Verkehr auf deutscher Seite die normalen Frachttarife, die sich aus den deutschen Binnentarifen ergeben, wie folgt gekürzt: Säckungsbeiträge für 100 kg. in Reichspfennig
 A 5 A 10 A 15 B 10 B 15 C 5 C 10 C 6
 D 5 D 10 D 15 E 10 E 15 F 10 F 6
 G 5 G 10 G 15 H 10 H 15 I 10 I 6
 Nicht gekürzt werden:
 a) die Frachttarife für deutsche Entfernungen unter 100 Kilometer,
 b) die Frachttarife der Ausnahmetarife.

Banken

Reichsbank.

Der Ausweis der Reichsbank vom 15. Juli zeigt eine Verminderung der gesamten Kapitalanlage in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 75,4 Mill. auf 1294,9 Mill. Rm., und zwar haben die Bestände an Wechseln und Schecks um 80,8 Mill. auf 1192,5 Mill. Rm. abgenommen, während die Lombardsbestände um 5,2 Mill. auf 12,9 Mill. Rm. angewachsen und die Effektenbestände mit 89,5 Mill. Rm. unverändert geblieben sind. Geschäfte in Reichsbankwechseln gemäß dem Gesetz vom 8. Juli 1926 zur Änderung des Bankgesetzes sind noch nicht vorgekommen.
 Der Umlauf an Reichsbanknoten und Rentenbankfcheinen zusammen hat eine Verringerung um 191,2 Mill. Rm. erfahren; im einzelnen gmg

der Umlauf an Reichsbanknoten um 154,7 Mill. auf 2788,1 Mill. Rm. zurück, der an Rentenbankfcheinen um 38,5 Mill. auf 1282,2 Mill. Rm. In der Berichtswoche wurden 15 Mill. Rm. Rentenbankfcheine getilgt und die Bestände der Reichsbank an solchen Scheinen haben sich demgemäß noch um 21,5 Mill. Rm. auf 222,8 Mill. Rm. erhöht. Die fremden Gelder stiegen um 126,1 Mill. auf 705,6 Mill. Rm. an.
 Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen nahmen um 8,9 Mill. auf 1827,3 Mill. Rm. ab; die Abnahme entfällt voll auf die Bestände an bedungsfähigen Devisen, während die Bestände an Gold eine kleine Zunahme um 35 000 Rm. auf 1492,3 Mill. Rm. erfahren haben.
 Die Deckung der Noten durch Gold allein betrug sich um 51,6 Prozent in der Vorwoche auf 54,5 Prozent, die durch Gold und bedungsfähige Devisen von 69,5 auf 68,8 Prozent.

Märkte

Vom rheinpfälzischen Holzmarkt.

Ohne dem Ergebnis des am 2. August d. J. stattfindenden großen Verkaufes der Regierung der Pfalz, Kammer der Forsten, vorzugehen zu wollen, kann man einen schließlichen Verkauf, nach Lage des Marktes, vorherzusehen. Die Bedarfsverhältnisse in Rheinland müssen auf alle Fälle ungenügend bemerkt werden, und es ist daher fraglich, ob sich Firmen außerhalb der Pfalz als Käufer einstellen. Wenn dies der Fall ist, so hat aber wohl nur Qualitätsmaterial Aussicht auf Abnahme und dann auch nur bei stark gedrückten Preisen. Kommen in jüngerer Zeit kleinere Posten nur zu Sägen Annehmern finden, die weit unter der Taxe liegen, so wird erst recht der Erlös für größere Mengen gedrückt sein. Es kommen neben Posten von Eichen-Nußbäumen, „Dau“- und „Eitelholz“ 2700 cbm Eichen-Nußbäume oder Kiefern zur Abhandlung. Die Läger der rheinpfälzischen Sägewerke sowohl wie auch der Händler sind mit Eichen-Nußbäumen gut angefüllt, aber der Verkauf vollzieht sich recht schleppend. Außerdem sind die erzielbaren Preise für dieses Schnittmaterial gedrückt. Bei Sägegutbezügen kann Eichen-Nußholz schon zu etwa 105 M. aufwärts erlangt werden, es neben allerdings die Anforderungen für beste Ware bis zu 125 M. je cbm, frei verladen der Verladungsort. Bei den hiesigen Käufern liegen die Angebote fast stets bei Preisen zu Brücken. Evident sind waren von etwa 190 M. aufwärts angeboten; es zeigte sich aber auch darin nur mäßiger Bedarf. In dem Verkauf von Kiefern-Nußholz trat in jüngerer Zeit eine Verlangsamung ein. Nicht etwa dadurch veranlaßt, daß es an Material gefehlt hätte, sondern weil man weiß, daß wenig Bedarf vorhanden ist. Die Absatzverhältnisse in Kiefern-Nußholzwaren entspringen nicht dem Umfang des Angebots. Insbesondere liegt der Verkauf von Kiefern-Nußholzwaren in wünschenswerten. Wegen der ungenügenden Beschäftigung von Maschinenfabriken usw. konnte auch der Absatz von Modell-Hörern nicht in richtigen Gang kommen. Kürzlich hielt das Forstamt Badleiningen einen Vorverkauf von Nußholz ab. Es handelte sich dabei um 55 im Badleiningen, 135 im Nadelnussgraben und 145 im Nadelnussgraben. Bei einer Taxe von 15 M. je im wurden für Nadelnussgraben 18 M. je cbm, ab Wald, erzielt. Für Nadelnussgraben stellten sich die Erlöse bei einer Taxe von 10,25 M. je Ster auf 8,50 M., während für Nadelnussgraben bei einem Aufschlag von 3,60 M. 3,50 M. je rm, ab Wald, erzielt wurden. Im Durchschnitt stellte sich der Erlös auf etwa 80 Prozent der Basispreispreise bezug auf 88 Prozent der Basispreispreise. In welchem Maß man mit einem Nadelnussgrabenangebot der ersten Hand in nächster Zeit rechnen kann, steht noch nicht fest. Obenstehende in Stempelabmessungen war anderen Gegenstand des Bedarfs, besonders von der Saar aus.

Frankfurter Getreidebörse.

Amtliche Notierungen vom 20. Juli 1928.

100 kg Parit. Frankf.	Goldmark	100 kg Parit. Frankf.	Goldmark
Weizen Wett.	32 50	Weizenmehl	43 00 - 43 75
Roggen (Inland)	22 50 - 23 00	Roggenmehl	31 50 - 32 75
Sommer-Gerste	—	Kleie	9 25 - 11 25
Hafer (ausland)	21 50 - 23 00	Erbsen	—
Mais (gelb)	18 25 - 18 50	Bohnen	—
Mais (Mexed)	—	Stroh	—
		Hirtreber	—

Getreide, Hülsenfrüchte u. Hirtreber ohne Sack. Weizen Mehl, Roggenmehl und Kleie ohne Sack.
Tendenz: stetig

Berlin, 20. Juli. Amtliche Produktionsnotierungen in Reichsmark je Tonne (Weizen und Roggenmehl je 100 Kilo).
 Märkischer Weizen: Juli 307,50—308, Sept. 271 bis 270,50, Okt. 271—270,50 u. Weid. Märkischer Roggen (alt und neu) 187—191, Juli 207—208, Sept. 208,50 bis 204, Okt. 208,50—209, Sommergerste 195 bis 208, Wintergerste (neu) 149—160, Märkischer Hafer 197—206, Mais, loco Berlin 178—180.

An unsere Postbezieher!

Die Post hat bereits mit der Vorlage der August-Duitung begonnen. Lösen Sie die Duitung vor dem 25. Juli ein. Sie sichern sich dadurch pünktliche Zustellung und sparen die Nachgebühren.
 Neu hinzutretende Bezieher brauchen nur den anhängenden Bestellzettel ausgefüllt dem Postboten abzugeben oder unfrankiert in den Briefkasten werfen.

Bestellschein

An das Postamt

Ich bestelle hiermit das wöchentlich 7 mal erscheinende „Karlsruher Tagblatt“ mit 8 Wochenbeilagen zum monatlichen Bezugspreis von 2,50 Mk. anshl. Postwertgebühr. Der Betrag ist durch den Voten zu erheben.

Name

Ort

Straße u. Nr.

Fortsetzung der politischen Debatte im Landtag

DZ. Karlsruhe, 20. Juli.

Auf Vorschlag des Abg. Dr. Schöfer wird beschlossen, fortan eingehende Gesetze in dieser Session nicht mehr zu behandeln.

In der fortgesetzten

politischen Ansprache

Abg. Rüdert (Soz.) das Wort. Auch er wünscht eine andere Verteilung der Landtagsarbeit, um so die Geschäfte des Hauses zu fördern. Aus Zweckmäßigkeitsgründen sollte man es bei vier Ministern belassen. Die Arbeitslosigkeit habe sich heute zu einer Finanzfrage für Staat und Gemeinden auszuweiten. Die Regierung möge ihren ganzen Einfluß aufwenden, damit baldigt das Arbeitslosenversicherungsgesetz in Kraft tritt und wir damit vom Fürsorgecharakter wegkommen. Das Primäre ist die Arbeitsbeschaffung. Wir unterstützen nach dieser Richtung jeden Versuch der Reichs- und Landesregierungen.

Der Redner spricht der badischen Regierung vollstes Vertrauen der sozialdemokratischen Fraktion aus, gibt zu, daß auch die Opposition in den Ausschüssen ernstlich mitgearbeitet hat, stellt aber fest, daß bei den Endabstimmungen die Verantwortung dem Zentrum und der Sozialdemokratie allein überlassen worden sei, wie z. B. beim Lehrerbildungs- und Grund- und Gewerbetariffgesetz.

Der Redner bepricht dann die letzte Regierungsabstimmung in Baden und meint, das Natürliche wäre die Weimarer Koalition.

die große Koalition lehnen wir nach wie vor ab;

denn unsere Abneigung gegen die Volkspartei ist nicht geringer geworden. Voraussetzung für ein solches Zusammengehen wäre ein klares Bekenntnis zum heutigen Staat und zu seiner Aufgabe. Im Gegensatz zum Zentrum steht die Sozialdemokratie auf dem Boden der Zentralisation. Was wir brauchen, ist eine starke Zentralgewalt.

Abg. Rüdert betont zum Schluß die Gegenrichtung der Sozialdemokratie gegen eine Mitbestimmung der Gemeinden an der Gesetzgebung, wie es der Badische Landtag wünscht, und gegen die Errichtung eines Badischen Landeswirtschaftsrates in der Art, wie ihn die Wirtschaftliche Vereinigung der Unternehmervereine, Abteilung Baden in einer Eingabe vorbringt.

Der Redner der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Mattes, äußert Bedenken gegen die zeitliche Beschränkung der Beratung des Staatsvoranschlags. Das Plenum verliere dadurch an Bedeutung. Wenn wir trotzdem mit dem Schlußtermin 31. Juli einverstanden sind, so geschieht es wegen der finanziellen Wirksamkeit. Angebracht ist eine andere Stoffverteilung auf die Ausschüsse.

Der Redner wendet sich dann dem Wesen und Aufgaben des Liberalismus zu, der auch heute an den alten Zielen des Kampfes für Autonomie, für Freiheit und Recht festhalte, sich nicht dem alten noch dem neuen Staat gegenüber, sondern betrachte uns als eine Verbindung zwischen beiden. Wir halten an dem Grundtat vom Primat der Außenpolitik fest.

Im Innern wollen wir nicht Kampf, sondern einiges Zusammenarbeiten auf dem Wege der Volksgemeinschaft.

Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit in allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen hat kürzlich überzeugend dargelegt. Die soziale Frage ist zu der wichtigsten inneren Frage geworden, ungelöst. Ob sie sich behält, wird man an Zusammenhängen erkennen können. In diesem Zusammenhang dürften wohl Streikmann angeprochen werden. Im übrigen erwidern wir die Frage der Staatsform als entschieden.

Es gilt jetzt die derzeitige Staatsform zu bejahen. Das Reichsbanner, unter Hörsing's Führung ist aber eine Organisation zum Schutze gegen das Bekenntnis zur Republik.

Die Staatsautorität verlangt die Achtung vor den Reichsorganen; aber wir sehen nicht ein, warum man nicht auch das Symbol einer geschichtlich großen Zeit ehren soll.

Das bedeutendste geschichtliche Ereignis ist noch immer die deutsche Einigung von 1870, deren Symbol deshalb die Treue bewahrt werden muß.

Demokratie ist für uns ein Führerproblem. Wir sind für ein friedliches Verhältnis zwischen Staat und Kirche, für Gleichberechtigung der Konfessionen. Das Beamtenamt muß sich nicht lösen, nicht den Parteien verfallen. Auf den Verlinen Gewerbetariffen sollte ein Beamter berufen sein. Das zurzeit zwei Ministerien aus einem Minister verwalten werden, ist ein Verstoß, den wir beileben wissen möchten.

Den Reichsblöck lehnen wir ab und stehen nach wie vor auf dem Standpunkt der großen Koalition.

Das Zweiparteiensystem in England läßt sich nicht auf die deutschen Verhältnisse übertragen, da es die Aufhebung des Zentrums und die Verbindung liberalen Sinn sowie größere liberale Voraussetzungen.

Der Liberalismus, so betont der Redner, habe seine historische Aufgabe noch nicht erfüllt. Im Mittelstand für sich gewonnen hat, muß er auch die Schichten und geistigen Strömungen durchdringen. Seine große Gegenwartsaufgabe

sei, alles, was rechts und links von ihm steht, mit liberalem Geist zu durchsehen und mit liberaler Duldung zu erfüllen.

Abg. Dr. Mattes bepricht schließlich die finanzielle Lage Badens.

Das Budget einigermaßen im Gleichgewicht zu halten, sei nicht ohne bedeutenden Einriß des Finanzministers möglich gewesen. In manchen Teilen der Staatsverwaltung habe freilich die Erkenntnis für die wirtschaftlichen Möglichkeiten gefehlt. Dem Finanzminister sei es erfreulicherweise gelungen, den staatlichen Besitz an wirtschaftlichen Unternehmungen zu vermehren. Das lebte

Verhältnis zwischen Reich und Ländern findet der Redner nicht tragbar; würde sich eine friedliche Lösung nicht als möglich erweisen, so würde seine Partei für eine Stärkung der Reichsgewalt sein.

Zum Schluß tritt der Redner für eine Entlastung der Ministerien und Bezirksbehörden durch Übertragung von gewissen Aufgaben an die Organe der Selbstverwaltung ein, ferner für eine Reform des Steuerwesens im Sinne der Vereinfachung. Er schlägt damit, daß seine Partei dem Staatsvoranschlag zustimme unter Betonung des Standpunktes, daß die Finanzkurve mit diesem Budget ihren Höhepunkt erreicht haben muß. Die künftige Aufgabe sei, die Finanzkurve zu senken und dazu in den nächsten Jahren die Wege zu ebnen.

Abg. Dr. Glöckner vertritt den Standpunkt der Demokraten. Im Hinblick auf dessen, wo der Gedanke der Aufgabe der staatlichen Selbstständigkeit ventiliert worden sein, erklärt er, daß es zu bedauern wäre, wenn an sich lebensfähige Länder, infolge finanzieller Schwierigkeiten, verschwinden würden. Eine überstürzte Entwicklung zum Unitarismus müsse verhindert werden. Die in der Weimarer Verfassung vorgesehene Abgrenzung der Befugnisse von Reich und Ländern findet unserer Ansicht nach diese Bestimmungen in partikularistischem Sinne rückwärts zu revidieren, lehnen wir ab.

Der Redner stellt dann mit Verwahrung fest, daß in Baden eine zweckmäßige Finanzpolitik getrieben werde, die zu ersten Vorgriffen seinen Anlaß gebe. Bedauerlich sei nur, daß berechnete Wünsche der Beamtenschaft nach Besserstellung nicht erfüllt werden konnten. Ihr gebühre Dank und Anerkennung für die Leistungen im Dienste des Staates und Landes.

Abg. Dr. Glöckner erinnert in seinen weiteren Ausführungen an

die Gefahr der Abwanderung von Betrieben infolge steterlicher Ueberpannung.

Es werde eine der wichtigsten Aufgaben des Reichsorgans sein, bei Maßnahmen der Reichsbehörden auf die besonderen Schwierigkeiten unseres Landes hinzuweisen.

Der Bevölkerung im besetzten Acker Gebiet widmet der Redner Worte des Grußes mit der Bitte an die Regierung, alles zu tun, um das Los unserer Brüder und Schwestern zu erleichtern und dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Franzosen in 2 Jahren auch wirklich den Acker räumen werden.

Begrüßt wird von ihm die Fortsetzung der Bahnbauten.

Die produktive Erwerbslosenfürsorge sei freier auszuweichen. Der Redner würdigt ferner die Verdienste des Finanzministers um die Entwicklung der wirtschaftlichen Unternehmungen des Landes, besonders des Arbeiteres, und setzt sich für eine nachhaltige Förderung des Fremdenverkehrs ein.

In der Fragefrage stimmt er dem Abg. Duffner zu. Bedauerlich sei, wenn die alten Farben zu Demonstrationen gegen den heutigen Staat benützt würden. Die Verwaltung des Unterrichtsministeriums durch Herrn Remmele hält der Redner bei aller Anerkennung der Arbeitskraft des Ministers auf längere Zeit nicht durchführbar. Er befundet seine uneingeschränkte Sympathie für die Einkunftssteuern und blickt mit Stolz auf die drei badischen Hochschulen.

Auf das politische Gebiet übergehend, erklärte Abg. Dr. Glöckner es als irrt, daß die Demokraten Schuld an dem Scheitern der Weimarer Koalition seien, daß sie sich aus Opportunismus der Mitwirkung in der Regierung verweigert hätten. Von einer Sehnsucht der Demokraten, wieder in die Regierung zu kommen, sei keine Rede, wenn sie auch der Auffassung seien, daß der Staat nicht der Mitarbeit von Parteien, hinter denen das freibeitliche Bittertum steht, entbehren könne. Wir sind in der Opposition nicht um der Opposition willen, sondern leisten so gut es geht positive Mitarbeit. Dem Staatsvoranschlag stimmen wir zu.

Darauf wird die Weiterberatung, auf nachmittags 1/4 Uhr vertagt.

Zu Beginn der Nachmittagsitzung

gibt der Präsident eine Reihe von Anträgen der Kommunisten zum Budget des Staats- und Innenministeriums bekannt.

Als letzter Parteiredner spricht in der Generaldebatte der kommunistische Abg. Schleier. Er übt Kritik an dem Vorkommnissen, erinnert an das Fehlen der Arbeitslosen und meint, in Deutschland marschiere die Reaktion, die den Arbeitern den letzten Rest von Rechten nehmen wolle. Man sei drauf und dran, die Wirtschafts-Diktatur zu errichten. Der Redner beschäftigt sich dann mit den einzelnen Staatspositionen und kommt zu dem Ergebnis, daß man nicht die notwendigen Schlussfolgerungen aus der wirtschaftlichen Not gezogen habe. Die Kommunisten werden den Etat ablehnen.

Damit ist die allgemeine politische Ansprache beendet.

In der Einzelberatung werden verschiedene Anträge der Kommunisten auf Abträge abgelehnt. Gegen den Ge-

standtenposten in Berlin stimmen die Kommunisten, während sich die Mitglieder der Bürgerlichen Vereinigung der Stimme enthalten. Dasselbe ist der Fall bei dem Antrag auf Befreiung der Staatsräte.

Im übrigen werden die Positionen der Hauptabteilung II — Staatsministerium — ohne Debatte genehmigt.

Es folgt der Bericht des Abg. Freidhof (Soa) über den

Voranschlag des Landtages.

In der Ansprache beschäftigte sich Abg. Wolfhard (Dem.) mit dem Gang der parlamentarischen Arbeit. Durch das Proportionalssystem sei der Abgeordnete dem Wähler ferngerückt. Man vermisse Redebühne, wie man sie früher zu Waders, Kiefers und Fiefers Zeiten zu hören bekam. Die Ausschussberichte enthaltung sei kein Ideal, zumal nach der Geschäftsordnung die Namen der Redner nicht genannt werden dürfen, sie also auch auf diesem Wege der Wählerschaft nicht näher kommen. Von einer Verkleinerung der Ausschüsse versprachen wir uns nichts. Der Redner schildert dann die Zweckmäßigkeit von Besichtigungsreisen und regt die Verteilung der Diäten über das ganze Jahr an. Der Redner schließt mit dem Danke an die Beamten des Landtages für ihre treue Mitarbeit.

Abg. Weichmann (Soz.) unterbreicht die Wünsche und Beschwerden des Vorredners, ist aber speziell in bezug auf den Erfolg der Kritik. Der Redner erörtert insbesondere die Frage: Wie ist das Echo der Reden der Abgeordneten draußen im Lande und in der Presse? Mehr Öffentlichkeit tut not. Es ist auffallend und ein Mangel, daß die großen Verträge nur in wenigen großen Blättern erscheinen, während sich die Provinzpresse fast ausschließlich mit dem kleinsten Sitzungsbericht begnügt. Manche Rede im Ausschuss müßte im Plenum gehalten werden; dann würde auch die Bedeutung des Landtages gehoben werden.

Abg. Dr. Schöfer (Str.) führt aus: Die Reden über unseren Geschäftsbetrieb hätten zu Beginn des Landtages gehalten werden sollen. Darauf die Wahlfreiheit zurückzuführen, dürfte kaum richtig sein. Schuld ist vielmehr das Wahlsystem, das die Lösung des Verwaltungsproblems nicht ermöglichte, seine Schmerzen durch seinen Abgeordneten zur Geltung bringen zu können.

Nun zur „Herrschaft der 21“ im Haushaltsauschuss. Wir waren immer für eine Verkleinerung der Ausschüsse. Vergessen wir nicht, daß es eine Zeit gab, wo wir Grund hatten, das Schwerkriegs in die Kommissionen zu verlegen. Diese Zeit ist vorbei. Nehren wir deshalb zurück zur Geschäftspraxis der Vorkriegszeit. Auch hinsichtlich der Diätenfrage sei zu erwägen, ob nicht der alte Zustand (Tagesdiäten) wieder einzuführen sei. Wir werden unsere Arbeiten zu Ende Juli beenden können, ohne daß die Interessen des Volkes geschädigt werden. Der Redner zollt schließlich Worte höchster Anerkennung der aufreibenden Arbeit der Journalisten.

Abg. Ritter (Rom.) wendet sich gegen eine übertragende Stellung der Ausschüsse und beschränkt sich darüber, daß den kommunistischen Abgeordneten der Verkehr mit strafangefangenen Genossen verweigert wird.

Abg. Schmitzhenner (Bürg. Vag.) spricht von einem Krankheitszustand, an dem das Parlament leide. Es gebe in der Tat einen ungehörigen König im Hause und das sei der Haushaltsauschuss. Wer drinnen sitzt, wisse alles. Wir brauchen eine andere Stoffverteilung. Jetzt ist ein beträchtlicher Verlaufs zu verzeichnen. Eine große Zahl von Abgeordneten wird nicht ausgenutzt. Für die Plenumsverhandlungen müßte mehr Zeit herauskommen. Die Abneigung gegen die Kontingentierung und gegen das Abwählen der Verhandlungen am 31. Juli besteht auch auf anderer Seite. Der Landtag ist nicht daran schuld, daß er noch in der sauren Gurkenzeit sitzt. Unter der Durchsichtung des wichtigsten Beratungsgegenstandes, des Voranschlags, muß die Orientierung der Öffentlichkeit leiden. Man braucht sich daher über eine gewisse Parlamentsverdrossenheit nicht zu verwundern.

Abg. Schneider-Weidberg (Str.) spricht als Vorsitzender des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung den Wunsch aus, daß dieser künftig bei der Zusammenfassung des Stoffes mehr als bisher bedacht werde.

Der Präsident sagt zu, daß er diesem Verlangen nach Möglichkeit Rechnung tragen werde.

Das Budget des Landtages wird darauf in der Einzelberatung debattelos genehmigt.

Es folgt der Bericht des Abg. Dr. Föhr (Str.) über den Voranschlag des Ministeriums des Inneren.

Gegen 1/8 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch vormittag 1/9 Uhr.

Haushaltsauschuss.

Um das badische Landestheater.

Der Haushaltsauschuss erlebte in seiner heutigen Sitzung zunächst einige Budgetfragen und beschäftigte sich eingehend mit dem Verhältnis des Staates zum badischen Landestheater. Eine Entlastung von zwei Abgeordneten des Zentrums, in welcher die Regierung ersucht wird, mit der Stadtgemeinde Karlsruhe unverzüglich in Verhandlungen über den bestehenden Landestheatervertrag einzutreten mit dem Ziel einer Ermäßigung des Ausfallzuschusses von Seiten des Staates und der Festlegung desselben auf einen fest bezifferten Höchstbetrag und Beschränkung der Verhandlungen, daß die Regierung in der Lage ist, dem Landtag über das Resultat der Verhandlungen noch vor dem Wiederzusammentritt des Landtages im November d. N. Mitteilung zu machen, wurde mit 12 gegen 8 Stimmen angenommen. Damit ist der frühere Antrag, wonach der Landestheatervertrag sofort gefündigt werden soll, hinfällig geworden.

Der bereits bewilligte Zuschuß für das Stadttheater in Freiburg soll nach einem erneuten Beschluß nicht genehmigt werden. Auch ein Antrag zu Gunsten des Mannheimer Theaters wurde abgelehnt.

Der badische Frauenverein erhält seit Jahren einen namhaften Zuschuß zu seinem Verwaltungsausschuss. Der Caritasverband und die innere Mission verlangen nun in einer Eingabe ebenfalls für sich einen entsprechenden Zuschuß, da auch diese Verbände für die Allgemeinheit wertvolle Arbeit leisteten. Ein Antrag wurde angenommen, der die Eingabe durch empfehlende Ueberweisung an die Regierung unterstützt.

Mitglieder-Versammlung des Sparerbundes.

Man schreibt uns: Die Ortsgruppe Karlsruhe des Badischen Sparerbundes hielt am Dienstag, den 13. Juli, im Friedrichshof ihre ordentliche Mitglieder-Versammlung ab. Nach den Begrüßungsworten des Vorsitzenden, Oberbürgermeister i. R. Siegrist, erhaltete Bürgermeister i. R. Rechtsanwält Dr. Hartmann den Geschäftsbericht für das abgelaufene Jahr. Er schilderte die Schwierigkeiten, die dem Kampf der entrechteten Sparer seit Erlassung der Aufwertungsgesetze bereitet wurden, sowohl in der Richtung auf baldige Verbesserung dieser Gesetze, als auch bei der praktischen Anwendung derselben im einzelnen Falle. In zunehmendem Maße traten hierbei die Ungerechtigkeiten dieser Gesetzgebung hervor. Es wurde der verchiedenen Maßnahmen Erwähnung getan, die die Ortsgruppe im Laufe des Geschäftsjahres für wirksame Rechtsberatung ihrer Mitglieder und sonstige Hilfeleistung getroffen hat. Einen großen Umfang innerhalb der Geschäftstätigkeit nahm die Vertretung der Mitglieder vor der Aufwertungsstelle in Spohlfabrikation ein. Hierbei konnten für die Gläubigerrechte sehr wertvolle Erfahrungen gesammelt werden. Im allgemeinen müßte festgestellt werden, daß sich die Erkenntnis in die Notwendigkeit der Verbesserung der Aufwertungsgesetze, insbesondere der Bestimmungen, die sich als Unrecht auswirken, immer stärker ausbreite. Die Sparer hätten daher guten Grund, den Mut nicht sinken zu lassen, sondern den Kampf weiterzuführen.

Alsdann berichtete Oberbürgermeister i. R. Siegrist über die Aufwertung der Sparfajung Guthaben und der Industrie-Obligations, sowie über die Wählung der Staats- und Gemeindegliedern und den heutigen Stand des Aufwertungs-Lampes. Unter lebhafter Zustimmung der Versammlung stellte er fest, daß sich die Sparer mit der Regelung der Sparfajung-Aufwertung, wie sie durch die badische Verordnung vom 2. Juni 1926 getroffen worden sei, unter keinen Umständen zufrieden geben werden, so wenig wie dies bei der Wählung der Badischen Gemeindegliedern der Fall sei. In den beiden Fällen haben sich Regierung und Landtag ganz einseitig nach den Wünschen der schuldenreichen Gemeinden orientiert, ohne auch nur im geringsten die Nachteile der Gläubigerseite zu prüfen, daß den Sparfajung und Gemeinden sehr wohl eine höhere Aufwertung zugemutet werden könne. Für die nur auf 15 Prozent anwerteten Industrie-Obligations werden fortgesetzt von den Industrie-Unternehmungen Kündigungen ausgesprochen und Kapitalabfindungen angeboten — ein Beweis für die Unwahrheit der Behauptung, daß den Schuldner keine höhere Aufwertung und keine Rückzahlung vor 1932 möglich sei. Sie wollten eben die unbequeme Aufwertungslast unter dem Eindruck der gegenwärtigen Wirtschaftslage so rasch wie möglich los werden, um den Vorteil einer künftigen Aufwärtsbewegung der Wirtschaft allein für sich in Anspruch nehmen zu können. Der Kampf um die Wiederherstellung der Sparrechte im Sinne des Gegenwurfs des Sparerbundes müsse daher mit allem Nachdruck weitergeführt werden. Die auch vom Reichsminister immer wieder aufgegriffene, von der Schuldnerseite erfundene Drohung, daß unsere Währung durch eine Veränderung der derzeitigen Aufwertungsgesetze gefährdet würde, sei durch Reichsbankpräsident Dr. Schacht längst widerlegt. Die Wiederbelastung der Schuldner mit einem Teil ihrer alten Schulden erfordere durchaus keine Vermehrung der Zahlungsmittel (Reichsbanknoten), könne also auch keine „Inflation“ zur Folge haben. Dagegen würde die Wiederaufnahme eines auch nur beschränkten Zinsen- und Kapitaldienstes das Wirtschaftslieben durch Stärkung der Kaufkraft großer Volksteile neu in Gang bringen, die Arbeitslosigkeit vermindern, den Kredit verbilligen, das Vertrauen wiederherstellen und die Steuerquellen stärken. Die Reichsregierung habe sich durch die Zurückziehung des Sperrgesetzes und des Fürtien-Kompromisses gründlich bloßgestellt. Ihr Standpunkt gegen das Volksgesetz der Sparer sei unhaltbar und könne diese nur ermutigen.

Die Versammlung gab durch ihren lebhaften Beifall und durch die sich anschließende lebhatte Ansprache ihre Entschlossenheit zu erkennen, den Kampf des Sparerbundes für die Wiederherstellung von Treu und Glauben bis zum endgültigen Siege weiterzuführen.

Es folgte sodann die Neuwahl des Vorstandes, der nunmehr aus Oberbürgermeister i. R. Siegrist als 1. Vorsitzender, Bürgermeister i. R. Rechtsanwält Dr. Hartmann als 2. Vorsitzender und Schriftführer und Verwaltungsoberinspektor Wittmann als Rechnungsführer. In den Ausschuss wurden neu hinzuamählt: Oberinspektorsführer a. D. Aug. Hermann, Hauptmann a. D. Koenenhardt, Frau Engel Wwe. und Fräulein Willmaier.

Was unsere Leser wissen wollen.

Lustiger Gernersheimer. Ihre Zuschrift läßt leider die Voraussetzung für eine ernsthafte Beachtung durch die Redaktion vermischen. Wer an unserem Blatte mitarbeiten und uns mit Anregungen und guten Vorschlägen dienen will, muß zunächst einmal den Namen angeben, für das von ihm Eingeladene auch mit seinem Namen einzutreten. Anonyme Zuschriften wandern noch wie vor in den Papierkorb. Im übrigen läßt Ihre Zuschrift die Annahme als berechtigt erscheinen, daß Sie das Areal der Ehrenlegion besitzen. Wir gratulieren!

